

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus".

Schalter-Quelle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.  
Vom 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich. Nr. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Druckerlaubniß. Nr. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Schriftsteller, ausdrücklich bestelligt. — Bezug-Behörden nehmen anderweitig entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Börsenzettel 12, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Handorten und im Rheingau, die detaillierten Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausgabe, bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernspr.: Amt 11800 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgezeichneten Stellen, für die Morgen-Ausgabe, bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausgabe, bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernspr.: Amt 11800 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgezeichneten Stellen, für die Morgen-Ausgabe, bis 5 Uhr nachmittags.

Samstag, 14. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 75. • 62. Jahrgang.

## Die Politik der Woche.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat einer alten Gesetzeslücke folgend sich auf dem Heimathof des deutschen Landwirtschafts-rats über die gegenwärtigen Zeitläufte ausgelassen, wobei er begreiflicherweise die Fürsorge der Regierung für die Landwirtschaft in die erste Reihe stellte. Viel bemerkt wurde die entschiedene Kämpfansage an die Sozialdemokratie, deren Hochmut durch große Wahlserfolge gesteigert sei; da gebe es kein Pattieren, sondern nur Kampf! Die Sozialdemokraten des preußischen Abgeordnetenhauses haben übrigens just zur rechten Zeit dafür Sorge getragen, daß diese Kämpfansage des Kanzlers besonders starken Widerhall findet, denn die unter dem Beifall der Genossen verübte Rekonstruktion des Abgeordneten Hoffmann hat in allen bürgerlichen Kreisen bis zur äußersten Linken die schärfste Verurteilung gefunden und starke Erbitterung erzeugt. Zum übrigen hat Herr v. Bethmann-Hollweg bei seiner Ansprache die Parität gewahrt, indem er auch der äußersten Rechten eins versekte. Seine Mahnworte gegen die alte deutsche Nationalhymne des Partikularismus müssen notwendigerweise in erster Reihe auf die Begründung des Preußentbundes bezogen werden, wenn der Kanzler dabei auch in zweiter Linie an den elsißischen Partikularismus gedacht haben mag.

In der zweiten Kammer des elsiß-lothringischen Landtags hat unterdessen das Debüt des neuen Staatssekretärs Grafen v. Rödern stattgefunden, der erklärte, ein Programm nicht vorlegen zu können, da zur Entwicklung eines neuen Programms kein Anlaß sei. Die von dem Staatssekretär ausgesprochene Mahnung, daß der Kampf der Meinungen in den Reichslanden künftig getragen sein möge von der Überzeugung, daß auch der andere nur das Beste des Reiches und dieses Landes, wenn auch vielleicht auf verschiedenen Wegen, erstrebe, wird hoffentlich auf fruchtbaren Boden fallen, mag auch in den elsißischen Kreisen zurzeit vielfach noch eine sehr ablehnende Stimmung herrschen.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß die „elsißeischen Sensationen“ in der französischen Presse keine sonderliche Rolle mehr spielen, und daß man dort jetzt ein größeres Interesse denkt vor dem Abschluß stehenden deutsch-französischen Verhandlungen über Kleinasien und die Bagdadbahn zuwenden. In dem gleichen günstigen Stadium befinden sich, wie aus der vom König Georg verlesenen Thronrede zur Eröffnung des englischen Parlamentes hervorgeht, das englisch-türkische Abkommen über die Bagdadbahn und den Persischen Golf sowie die entsprechenden deutsch-englischen Abmachungen, die wiederum mit den deutsch-französischen in engem Zusammenhang stehen.

In der inneren englischen Politik steht zurzeit die irische Home Rule Bill, die jetzt im Unterhause zur dritten Lesung gelangt, im Vordergrunde des Interesses, und die durch die Gegenbewegung der Provinz Ulster und die Opposition der Konservativen geschaffene Lage erscheint um so kritischer, da zu diesen Meinungsverschiedenheiten noch die keineswegs ganz gehobenen über die Flottenfrage treten. Wenn auch das Unter-

haus den Antrag Longs, der vor der Weiterberatung der Home Rule Bill eine erneute Befragung der Wähler forderte, mit 333 gegen 225 Stimmen ablehnte, so scheint das Kabinett Asquith angehört der wachsenden Opposition auch in den eigenen Reihen keineswegs mehr so fassfest zu sein.

In Russland ist der Ministerpräsident Skowrow der doppelten Opposition von rechts und von links gewichen, aber in erster Reihe waren es natürlich die Parteien der Rechten, welche, verstärkt durch den Vorstoß seines Vorgängers Witte, die Stellung des Ministerpräsidenten so erschüttert hatten, daß er trotz der ihm wiederholt bewiesenen Gunst des Zaren nicht mehr mitspielen wollte. Sein Nachfolger Gorenjew, der schon zur Zeit der ersten Duma an der Spitze des Kabinetts gestanden hat, wird dem Verband der eittrischen Leute und den Hoffreien jedenfalls weit willkommen sein, aber in der Duma wird man sich angeholt der jetzt zu erwartenden schärferen Tonart auf Kampf und Sturm gesetzt machen können.

Auch der schwedische Ministerpräsident Staaff hat sich infolge des offenen Konflikts zwischen der Regierung und dem König in der Müstungsfrage zur Demission genötigt gesehen, obwohl er im Parlament über die Majorität verfügte. Aber die zahlreichen Kundgebungen aus dem Lande haben doch gezeigt, daß dessen Mehrheit in der Frage des Ausbaus der nationalen Verteidigung auf Seiten des Königs steht, und mit dieser Stimmung wird der neue Ministerpräsident rechnen müssen.

Einigermaßen entgegengekehrt sind die Ursachen, die zu der Krise in Javas geführt haben. Dort macht sich in weiten Volkskreisen eine Protestbewegung gegen die wachsenden Rüstungen bemerkbar, die, verstärkt durch die Bestechungsaffären in der Marineweisung, sogar zu einem freilich siegreich abgeschlagenen Sturm auf die japanische Kammmer geführt haben. Eine starke Spannung macht sich in letzter Zeit zwischen Javas und der Nordamerikanischen Union fühlbar, wo man die Tokioter Regierung der heimlichen Unterstützung Huertas bezichtigt, während Wilson und Bryan jetzt offen den Gegenpräsidenten General Villa unterstützen. So arbeitet in Meriko der rollende Dollar gegen den Men. . . Haust du meinen Villa, haui ich deinen Huerta!

## Eine Kundgebung gegen den „vierten Weg“.

Der Gesamtverein Frauenebildung-Frauenstudium hat eine von allen preußischen Abteilungen des Vereins unterzeichnete, sehr ausführlich begründete Eingabe an das preußische Kultusministerium und an das Abgeordnetenhaus eingereicht. Die Eingabe bekräftigt sich mit dem Erfolg vom 11. Oktober 1913, der die Erweiterung der Studienberechtigung der Oberlyzeen brachte und schließt mit der Bitte, „daß Königl. Ministerium solle den in dem Erfolg bezeichneten Weg zur Universität nur als Übergangsmaßnahmen annehmen und zunächst bald die der Kanabendbildung gleichwertige Vorbildung durch die Studienanstalt auch für die Mädchen verlangen“. Zur Begründung dieser Forderung heißt es u. a.: „Wir wissen, daß weder den Frauen noch der Allgemeinheit damit gedient ist, wenn nervöse, überarbeitete Frauen in die höheren Berufe eintreten, deren Ausübung gefunde Nerven und leistungsfähige Persönlichkeiten verlangt; wir wissen, daß wir den Universitäten nicht zumutbar sind, sich mit einem zahlreichen Material geistig oder körperlich ungereichender Studentinnen zu belasten. Deshalb sind wir von jeder dafür eingetreten, daß nur die Beste begabten unter den Frauen studieren sollen und daß die Vorbereitung die denkbar günstigste sein soll.“ Beide Prinzipien aber, so heißt es in der Eingabe weiter, entspricht die neue Verordnung nicht. Sie bietet

1. keine Gewähr, daß nur die Beste begabten zum Studium zugelassen werden. Die Reifeprüfung des Oberlyzeums muß sich mit einem bestellten das erforderlichen Kindermathes an Kenntnissen begnügen; sie kann nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt vorgenommen werden, ob die Absolventinnen zu wissenschaftlicher Weiterarbeit befähigt sind oder nicht. Wird die Prüfung einseitig auf die Kenntnisse der Studierenden zugeschnitten, so werden dem Lehrerinnenstande wertvolle Kräfte entzogen. Geschieht dies aber nicht, so werden den Universitäten von den 124 Oberlyzeen sehr viele Elemente zuströmen, die nicht dahin gehören. Ebensoviel ist

2. der Weg durch das Oberlyzeum die denkbar günstigste Vorbereitung für das Studium. Denn die Schülerinnen der Oberlyzeen werden immer, welches Fach sie auch wählen mögen, noch vorbereitender Studien während des eigenständigen Studiums bedürfen. Ferner ist trotz unverhältnismäßig großem Zeitaufwand für die Vorbereitung nicht einmal die Gefahr der Überarbeitung durch die häufige Vorbereitung zu den Nachrunden ausgeschlossen. Vor allem aber ist der Fortfall jeglicher Ergänzungsprüfung für die weiblichen Studierenden des höheren Lehramts den Anforderungen sowohl ihres Studiums wie ihres Berufes durchaus zuwider. Es scheint jetzt an der Zeit, alle besondren Erleichterungen für die Frauen aufzugeben.

Der Eingabe ist eine Erklärung beigelegt, die von mehr als 300 preußischen Universitätsprofessoren unterzeichnet ist. In dieser Erklärung heißt es: „Die Unterzeichneten Frauen in der seminaristischen Vorbildung seien gleichwertigen Erstjahr für einen der drei seither geltenden Vorbildungswege erkennen. Die Radegaudia können nur in einzelnen Fällen als Notbehelf gelten. Die grobe Verschiedenheit in der Vorbildung der Studenten macht jetzt schon unangenehm hemerbar. Die Schülerinnen des Oberlyzeums würden diesen verdierten Vorbildungsarten noch eine neue hinzufügen, die für keines der Studienfächer als ausreichend angesehen werden kann. Es liegt keinerlei Bedürfnis vor, eine große Anzahl von weniger gut vorgebildeten Studentinnen heranzuziehen. Bei der großen Überfüllung aller Berufe mit akademischer Vorbildung wäre es eher berechtigt, die Zulassungsbedingungen zur Universität zu erschweren, als sie zu erleichtern. — Am Schlüsse der Erklärung wird die in der Eingabe ausgesprochene Bitte, den „vierten Weg“ nur als Übergangsmaßnahme angesehen, wie-derholt.

Unter der Erklärung stehen die Namen der bedeutendsten Universitätslehrer Deutschlands; so u. a.: Anschütz, Bornholz, Brandt, Delbrück, Eulenburg, Erdmann, Giesecke, Hornig, Schmoller, Niedl, Sering, Wagner, Wilamowitz, Tiegel, Zorn, Ritschl, Schulz (Bonn), Hartel, Hüxter, Oldenberg, Riede, v. Hippel, Feuer, Voigtländer, Wissowa, Baumgarten, Deussen, Niemann, Niemeier, Ratzel und noch viele mehr. Alle Fakultäten und alle Fächer der philosophischen Fakultät sind vertreten. Die Vertreter der Wissenschaft haben sich also gegen den „vierten Weg“ ausgesprochen.

## Himmelserscheinungen im Februar 1914.

Wesentlich schneller als im ersten Monat des Jahres zeigt die Sonne im Februar nordwärts; während nämlich die Abnahme ihrer Südlichen Deflection im Januar nur 51° Grade betrug, erreicht diese in dem odenelein viel späteren Februar volle 9 Grade. Am 1. Februar ist die Abwendung der Sonne vom Äquator gleich - 17° 16' 1.0", und am 28. Februar ist sie gleich - 8° 11' 18". Daraus findet man folgende Mittagshöhen der Sonne: für den Parallel von 51° (Norddeutschland) 180° 44' am 1. und 27° 49' am 28., für den Parallel von 51° (Mitteldeutschland) 21° 44' am 1. und 30° 49' am 28., sowie für den Parallel von 48° (Süddeutschland und Österreich, etwa die Breite von Wien) 23° 44' am 1. und 33° 49' am 28. Februar. Die Tage längen wachsen demgemäß im nördlichen und mittleren Gebiete von 9 auf 10½ Stunden und im südlichen Gebiet, ähnlich auch in der deutschen Schweiz, von 9½ auf 11 Stunden. Durch die Dämmerungen erhält die Tagesdauer morgens und abends noch eine Verlängerung von je ¾ Stunden.

Unser Mond zeigt im Februar folgenden Phasenwechsel: Erstes Viertel am 3., um 11 Uhr 33 Min. vormittags, Vollmond am 10., um 6 Uhr 35 Min. nachmittags, Letztes Viertel am 17., um 10 Uhr 23 Min. vormittags, und Neumond am 25., um 1 Uhr 2 Min. vormittags. Der Mond steht in Erdnähe am 12. Februar, um 2 Uhr nachmittags, und in Erdferne am 28. Februar, um 10 Uhr vormittags. Von hellsten Sternen werden im Februar zwei bedeckt: am 3. der Stern Epsilon (Größe 4.6) des "Widders", Eintritt für Berlin um 6 Uhr 22.1 Min. nachmittags und

Austritt um 7 Uhr 42.3 Min. nachmittags, ferner am 11. der Stern Alpha (Regulus, Größe 1.3) des "Löwen". Eintritt für Berlin um 6 Uhr 51.7 Min. vormittags und Austritt um 7 Uhr 41.9 Min. vormittags.

In der Nacht vom 24. zum 25. Februar ereignet sich eine in Europa unsichtbare ringförmige Sonnenfinsternis. Diese beginnt am 24. Februar, um 10 Uhr 48 Min. nachmittags, und endigt am 25. Februar, um 3 Uhr 41 Min. vormittags. Sichtbar ist die Finsternis an der Südspitze Südamerikas, in der südlichen Hälfte des Stillen Ozeans, in der südlichen Hälfte Neuseelands und in den Südpolargegenden.

Von den großen Planeten beherrschen noch weiter Mars und Saturn den nächtlichen Himmel. Merkur, der am 22. Februar, um 7 Uhr nachmittags, seine größte Ausweichung von der Sonne, 18° 6', erreicht, ist im Bilde des "Waffermanns" von Roncalli am etwa ¼ Stunde lang am Abendhimmel sichtbar. Am 21. Februar, um 6 Uhr nachmittags, gelangt Merkur in sein Perihel und ist dann nur 0.875 Erdbahndurchmesser von der Sonne entfernt, sein Aphel erreicht der Planet bereits am 6. April, und zwar bei einem Sonnenabstand von 0.4867 Erdbahnradien. — Merkur besteht wesentlich von allen großen Planeten die größte Exzentrität der Bahn: 0.2056. — Venus, die am 11. Februar, um 9 Uhr nachmittags, ihre obere Sonnenkonjunktion durchläuft, hält sich für das bloße Auge verborgen. Sie steht am 4. Februar, um 8 Uhr vormittags, im Aphel, doch ist ihr Sonnenabstand wegen der geringen Bahnerzentrität, der kleinste von allen Planetenbahnen, nur wenig von ihrem Sonnenabstand im Perihel verschieden, ihre Abstände schwanken nur zwischen 0.7283 und 0.7184 Erdbahndurchmessern. Von der Erde ist Venus am 15. Februar am

weitesten entfernt: 1.711 Erdbahnradien oder Einheiten à 149.48 Millionen Kilometer. — Mars bleibt noch nahezu die ganze Nacht hindurch sichtbar; er steht bei Dunkelwerden schon doch im Osten und klimmt anfangs gegen 10. zuletzt bald nach 8 Uhr abends. Man sieht ihn im Bilde der "Zwillinge" infolge seiner rückläufigen Bewegung schon recht weit von Pollux nach Westen (rechts) abgerückt, doch wird der Planet am 18. Februar wieder rückläufig. Mars entfernt sich jetzt wieder von der Erde, sein Abstand nimmt von 0.725 auf 0.933 Einheiten zu, wodurch sein scheinbarer Durchmesser von 12" bis auf 11" herabgeht. Am 7. Februar hat der Mond mit Mars Konjunktion, und zwar bewegt sich der Mond nördlich an dem Planeten vorüber. — Jupiter, der erst am 20. Januar in Sonnenkonjunktion gestanden hat, bleibt im Februar und auch im März noch dem unbewohnten Auge verborgen. Dem Jupiter nähert sich die Erde im Februar von 6.083 bis auf 5.937 Einheiten. — Saturn weilt im Bilde des "Stiers" bei Eintritt der Dunkelheit schon fast am südlichen Himmel; er klimmt zu Anfang um 8 Uhr, am Mondabschluß um 8½ Uhr abends und geht erst bald nach 4 Uhr, schließlich bald nach 2 Uhr morgens unter. Am 12. Februar verwandelt sich seine rückläufige wieder in rückläufige Bewegung. Sein Erdabstand beträgt am 1. Februar 5.50, am 28. Februar 8.03 Einheiten. Die scheinbare Größe des Saturnsystems erhält im Februar folgende Abnahme: der Äquatoraldurchmesser von 19° 8' bis 18° 6', der Polardurchmesser von 18° 0' bis 17° 1', die große Achse der Ringellipse von 44° 0' bis 42° 0', die kleine Achse der Ringellipse von 19° 5' bis 18° 7'; das Ringsystem erreicht also noch breiter als der Saturnkörper. Am 5. Februar hat der Mond mit Saturn Konjunktion, der Mond zieht dabei nördlich an dem Planeten vorüber. — Uranus, der sich erst am 28. Januar

## Deutsches Reich.

\* Der Rückgang des Bündholzverbands. Auf eine kurze Anfrage des christlich-sozialen Abg. Mumm hat der Reichswahlkreis Kühn folgende schriftliche Antwort ertheilt: „Es ist richtig, daß die im laufenden Betriebsjahr ohne Steuerzuschlag herstellbare Menge von Bündholzern 45 v. H. des Volltonnentags beträgt und daß der Verein deutscher Bündholzfabrikanten eine weitere Herabsetzung auf 40 v. H. beantragt hat. Mit einem gewissen Rückgang des Bündholzverbrauchs war bei Erloß des Bündholzsteuergesetzes gerechnet worden, und zwar war er auf 25 v. H. geschätzt. Einen weiteren starken Rückfall erlitt der Absatz der Bündholzfabrikanten nach Inkrafttreten der Steuer durch die unerwartet große Versorgung mit inländischen und ausländischen Bündholzern. Mit dem Auftauch dieser Vorräte ist der Absatz noch den Ergebnissen des Steueraufkommens und den Angaben der Industrie wieder gestiegen. Seit dem Betriebsjahr 1912/13 ist in einer Reihe von Monaten bei der Besteuerung von Bündholzern ein erneuter, wenn auch mäßiger Rückgang beobachtet worden. Entsprechend der Herstellung und dem Absatz der Fabriken ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter, nachdem sie im Betriebsjahr 1910 auf durchschnittlich 2028 herabgegangen war, allmählich (1911: 2035, 1912: 4068) wieder gestiegen. Über etwaige Maßnahmen der Verbündeten Regierungen kann zurzeit eine Auskunft nicht erzielt werden.“

\* Für die Abschaffung der Zuschläge zur Einkommensteuer tritt die „Nördl. Volkszeitung“ ein. Sie schreibt: „Die Wehr- und Einkommensteuer-Erläuterungen haben noch allem, was an die Öffentlichkeit gelangt, zu hoch überschreitenden Ergebnissen geführt. Die Einkommensteuer wird schon für das Jahr 1914 ein Recht von vielen, vielen Millionen aufspringen. Auch die Ziffern der für die bisherige Ergänzungsteuer zu grunde gelegten Vermögen sind durch die Wehrsteuererklärung gewaltig in die Höhe geschossen worden. Die bisherige Selbst einschätzung muß in ihren bedauerlichen Unrichtigkeiten wenigstens in sehr vielen Fällen als Folge des großen Steuerdrucks gedeutet werden. Der wohl allgemeine Unmut über das unvölkische Anwachsen der Kosten ist eine nicht fortzuleugnende Tatsache. Es muß als eine ernst zu beurteilende Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung betrachtet werden, von jetzt ab auf diese nur immer mögliche Rücksicht zu nehmen. Die Grenze der Einkommensteuererlöse, mit deren Errichtung der Finanzminister in Piquet im Jahre 1898 bei Beratung der Steuergesetze eine Herabsetzung der Steuersätze für möglich erklärte, ist schon lange weit überschritten. Trotzdem sind seit Erloß der Einkommensteuerbefreiungen zu der Einkommensteuer noch Staatzzuschläge getreten. Diese Zuschläge können und müssen bei dem gewaltig gestiegenen Aufspringen der Einkommensteuer von nun ab in Fortfall kommen.“

\* Der Rückgang der Fleischpreise! Im Laufe der letzten zwei bis drei Monate sind die Fleischpreise unter vorübergehenden Schwankungen noch und nach nicht unerheblich heruntergegangen. Für Ochsen bestand der Rückgang in besserer Ware in: Köln und Chemnitz 8 M., Bremen 8 M., Frankfurt a. M. und Breslau 7 M., Leipzig und Elberfeld 6 M., Berlin, Hamburg und Mainz 5 M., Dresden, Dortmund und Hannover 4 M. usw. für 50 Kilogramm Schlagschwein. Rindfleisch fielen wie folgt im Preise: Breslau 11 M., Köln 10 M., Chemnitz 9 M., Berlin und Dresden 8 M., Leipzig 7 M., Hamburg und Bremen 6 M., Frankfurt a. M., Eisen und Hannover 5 M., Dortmund und Mainz 4 M. usw. Ganz außergewöhnlich sind die Schweinepreise gefallen, nämlich um 10 bis 12 M. für 50 Kilogramm Schlagschwein. Das Fassen der Fleischpreise in Deutschland übt auch seinen Einfluß in Dänemark aus. — Interessant wird es nun sein zu sehen, wie sich die Fleischpreise im Kleinhandel unter dieser Einwirkung verhalten werden.

\* Deutscher Verlust an Polen. Vor dem Bezirksausschuss in Oppeln wurde vor ein paar Tagen ein Umsatzsteuerprozeß verhandelt, dessen tatsächlicher Sachverhalt von hervorragendem politischen Interesse ist. Es handelt sich dabei um den Verlauf der Waltherherrschaft Poniatshau-Sorowitsch im Kreise Lublin. Diese Herrschaft gehörte dem früheren deutschen Botschafter Fürst Karl Radolin auf Jarotschin und wurde unter Aufhebung ihrer Siedlungsmehrheit mit ungeheurer Überzahlung des Herren an die geistliche Gräfin Olga v. Schleiffen, geb. von Sprenger, durch Vertrag vom 20. Dezember 1910 verkauft. Obwohl nach dem Verkauf brachten mehrere Zeitungen die

in Sonnenkonjunktur befand, ist unsichtbar; er steht auf dem Gebirg nur 1° nordwestlich vom Jupiter. Der Erdabstand des Icarus verminnt sich von 20.83 bis auf 20.71 Einheiten. — Neptun sieht im Bilder der „Wölfe“ sehr ähnlich für die Beobachtung mit großen Instrumenten. Sein Erdabstand wächst von 29.04 bis auf 29.26 Erdbahnhalbmesser, sein Schein Durchmesser beträgt nur 2".

Zur Beobachtung am Fixsternehmnel eignet sich mehr die zweite Hälfte des Monats, da während der ersten das Mondlicht störend wirkt. Wenden wir unsern Blick etwa um 10 Uhr dem Firmament zu, so sehen wir die Milchstraße vom Südhorizont hoch über den Westen zum Nordnordwesten ziehen. Ihren Weg bezeichnen in derselben Richtung die Bilder „Großer Hund“ und „Kleiner Hund“, „Orion“, „Hüllinge“ und „Stern“, nahe dem Zenith „Fischermann“ und „Perseus“, dann „Cassiopeia“, „Cepheus“ und am Nordende „Tukan“. Am Hosen erblicken wir den „Widder“, hoch im Osten des „Löwen“, während diesem das gerade aufgehende Bild der „Jungfrau“ folgt. Tief am Nordhorizont erhebt sich der helle Kreis im „Boote“, über dem wieder der „Große Wirt“ den Himmel schmückt. Am Nordhorizont funktelt Neptun in der „Peise“, endlich treten von den besonders hellen Gestirnen noch die der „Andromeda“ zwischen „Widder“ und „Cassiopeia“ im Weltosten hervor. Der Myrhos erzählt, Cassiopeia obz. richtiger Cassiopeia, die Gemahlin des Perseus, sei auf ihre oder ihrer Tochter Andromeda Schönheit so eitel gewesen, daß sie diese der Schönheit der Perseus vorgog. Die Herden hätten sich darauf über die Schönheit entzweit. Schon bei Neptun bestätigt und dadurch beweist, daß ein mächtiges Seengeschenk die Ufer verwüstete und nicht weichen sollte, bis ihm nach des Oraels Ausspruch Andromeda gezeigt sein würde. Andromeda sei nun an den Felsen gefesselt, doch von Perseus bestellt worden dadurch, daß er das Seengeschenk mit seinem Schilde blendete und mit dem schlechten Medusenhaupt versteinerte. Perseus habe sodann die Schöne in sein Vaterland entführt und zur Gemahlin genommen. Die Götter hätten schließlich die ganze Perseusfamilie unter die Sterne versetzt, die Cassiopeia

berichtet, daß die Gräfin Schleiffen nur als Zwischenhändlerin vorgegeben sei und daß es sich in Wirklichkeit um einen Verkauf an einen Polen handle. Die Gräfin Schleiffen stellte diese Nachrichten in Berliner Zeitungen mit den Worten in Abrede: „Ich habe nie daran gedacht, die Güter zu verkaufen, denn ich nicht daran und werde nicht daran denken. Der angebliche Pole ist mir und meinem Generaldirektor vollkommen unbekannt.“ Heute ist die Angelegenheit klargestellt und der Widerspruch als unrichtig erwiesen. Käufer des Herrschaftsbesitzes ist der bekannte Großgrundbesitzer v. Thlapovski (Kreis Kreis Kosten in Polen), dessen nationalpolnische Gesinnung in der Provinz Polen allgemein bekannt ist. Der Übergang in polnische Hand bedeutet für das Deutschtum einen schweren Verlust. Es handelt sich um eine Herrschaft von 18 500 Morgen, wovon 10 200 Morgen Wald, 300 Morgen Viehweiden, 300 Morgen Teiche und etwa 2000 Morgen Acker sind. Ferner gehören dazu zwei Wassermühlen und eine große Ringofenegieße.

\* Zur Hebung der deutschen Viehzucht. Mit dem Plan zur Gründung eines Instituts mit dem Namen Kaiser-Wilhelm-Jubiläumsstiftung zur Hebung der deutschen Viehzucht beschäftigte sich dieser Tage der landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen. Das Institut soll sein Ziel praktisch schon in aller nächster Zeit verwirklichen. zunächst will man ein Kapital von 1 200 000 M. durch freiwillige Beiträge von Landwirtschaft, Industrie und Städten bis zum Jahre 1917 aufbringen.

\* Die Entsendung deutscher Lehrkräfte ins Ausland. Die Vermittlung tüchtiger deutscher Lehrkräfte für die deutschen Schulen im Ausland gehört zu den wichtigsten Maßregeln, um die Erhaltung und Verbreitung deutscher Sprache und Kultur in der Fremde zu fördern. Lange Jahre hindurch hat der Verein für das Deutschtum im Ausland als Universitäts aller deutschen Kulturinteressen im Ausland die Arbeit und Kosten dieser Vermittlungstätigkeit allein getragen und sich auch in diesem Zweige seiner umfassenden Tätigkeit wesentliche Verdienste um unsere deutschen Volksgenossen in der Fremde erworben. Der Verein hat es dankbar begrüßt, daß seit einigen Jahren das Auswärtige Amt eine eigene Vermittlung zu diesem Zwecke eingerichtet hat, die ihn nunmehr durch ihre amtliche Tätigkeit nach dieser Richtung hin immer mehr unterstützt. Im vergangenen Jahre wurden durch diese Vermittlung des Auswärtigen Amtes 144 Lehrkräfte gegen 114 im Vorjahr ins Ausland gesandt. Dabon enthielten auf Argentinien 6, Belgien 8, Brasilien 8, Bulgarien 2, Chile 17, China 15, Costa Rica 1, Ecuador 6, Großbritannien und Kolonien 4, Guatemala 1, Italien 8, Japan 3, Marokko 2, Mexiko 3, Niederlande 1, Persien 4, Peru 1, Portugal 2, Rumänien 17, Russland 4, Spanien 6, Türkei 23, Venezuela 2, Vereinigte Staaten von Amerika 1. Unter den 144 Lehrkräften befanden sich 10 akademisch gebildete Lehrer, 8 wissenschaftliche Hilfslehrer, 17 Kandidaten des höheren Lehramtes, 4 Handelslehrer, 80 Volkschullehrer, 15 Lehrerinnen für höhere Mädchenschule, 6 Lehrerinnen für Volkschule und 4 Kindergarteninnen.

\* Die Apothekerkammer für Westfalen gegen die Anpreisung englischer Arznei. Die Apothekerkammer für Westfalen nahm einen Antrag an, in dem der Apothekerkammer ausdrücklich ersucht wird, bei den maßgebenden Behörden vorstellig zu werden, daß durch Erlass von willkürlichen Verfügungen und Gesetzen eine Ausbeutung der Bevölkerung durch marktfreiereische Reklame verhindert wird. Die Art der Reklame sei unlauterer Wettkampf, zudem grenzen die Preise an Betrug.

= Deutscher Industrieschulverband, Sitz Dresden. In der letzten unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Dr. Böhme (Leipzig) abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Industrieschulverbandes, Sitz Dresden, wurden die Entschuldigungen für die Mitglieder festgesetzt, die im vorigen Jahr von einem Streit betroffen wurden. Es wurden von den Mitgliedern im Jahre 1918 insgesamt 440 Arbeitsbewegungen gemeldet. In 281 Fällen gelang es den betreffenden Mitgliedern, gestützt auf den Rückhalt des Verbandes, die entstandenen Differenzen beigelegt, für die 209 Fälle, in denen es zum Ausbruch eines Streits kam, wurden vom Vorstand rund 140 000 M. als Entschädigung bewilligt. Der Vorstand genehmigte weiter einige Verträge mit Arbeitsgebertverbänden über den Anschluß dieser Verbände an den Deutschen Industrieschulverband.

- Versammlungen der Zionistischen Vereinigung. Man schreibt uns: Der Zionismus, der in letzter Zeit Gegenstand

vielfacher Angriffe gewesen ist, erstrebt noch seinem Programm die Schaffung eines nationalen und kulturellen jüdischen Zentrums in Palästina. Gegenüber den diesbezüglichen Behauptungen einer Gesärtung, die eine Ansicht von Gegnern des Zionismus vor einigen Tagen in einem Teil der deutschen Presse veröffentlicht haben, veranstaltet die Zionistische Vereinigung für Deutschland (Berlin W. 15, Sächsische Straße 8) im Laufe der nächsten Tage eine große Reihe von Versammlungen in allen größeren Städten Deutschlands, in denen vor der gesamten Öffentlichkeit die Fragen des Zionismus zur freien Diskussion gestellt werden sollen. Bissher sind Versammlungen in 71 Orten angekündigt.

## Heer und Flotte.

Schiffsnachrichten. Eingetroffen: S. M. Oddi. „S. M. Oddi“ am 12. Februar in Tsingtau, der Ablösungsdomptier „Pattico“ mit der Ablösung für das Kiautschougebiet am 11. Februar in Singapore. — In See gegangen: S. M. S. Magdeburg am 11. Februar von Kiel.

## Ausland.

## Frankreich.

Die Zustopfung des Lütticher Lochs. Paris, 13. Februar. Generalstabsoffizier Joffre ist in Longwy eingetroffen, um daselbst die Frage der Vermehrung der Besetzung und der Aufhebung der Festungswerke zu studieren.

## Italien.

Die Kommission für die Cheresform. Rom, 12. Februar. Zur Kommission für den Gesetzentwurf, nach dem die bürgerliche Cheschließung der fiktiven Trainung vorzugeben soll, wählen die neun Abgeordneten des Kammer sieben Ministerielle, einen Oppositionellen und einen Sozialisten.

## Rukland.

Der Kampf der Geistlichkeit gegen das Kino. Peterburg, 12. Februar. Der Metropolit Vladimir eröffnet einen Kampf gegen das Kino. Der Kirchenfürst schreibt der Geistlichkeit vor, in der Kirche dem Volk das unmoralische der Kinofilms, die Verbrechen und zynische und göttelästige Szenen darstellen, dem Volke zu Gemüte zu führen. Außerdem sollen an die Gemeinden Flugblätter, die das Kino für ein gefährliches Werk des Antichrist erklären, verteilt werden.

## Türkei.

Die osmanischen Reformen. Konstantinopel, 12. Februar. Es wird versichert, daß die Pforte an ihre Vertreter bei den sechs Mächten eine Befürwortung gerichtet hat, in der sie ihnen von dem endgültigen Einvernehmen über die osmanischen Reformen Kenntnis gibt und sie ersucht, von den Mächten die Liste der den neutralen Staaten zu entnehmenden Kandidaten für die Posten von zwei Generalsinspektoren zu erbitten.

## Nordamerika.

Die schlechte Wirtschaft beim Bau der Trans-Continental-Trunk-Pacific-Bahn. London, 13. Februar. Die „Times“ meldet aus Ottawa vom 12. Februar: Die von der Regierung zur Untersuchung des Baues der Trans-Continental-Trunk-Pacific-Bahn eingesetzte Kommission erlässt in ihrem Bericht, der heute dem Unterhaus vorgelegt worden ist, daß nicht weniger als 160 Millionen Mark bei diesem Bau zu entrichten ausgegeben worden sind. Die Kommission schätzt die Kosten der Bahn auf rund 940 Millionen Mark an Kapital und Zinsen. Der Bericht tabelliert, daß die Kontrakte der Vergabe zu groß waren, so daß die ganze Arbeit nur 11 Firmen übertragen wurde. Diese Firmen profitierten 35,2 Millionen Mark für einen Teil der Arbeiten, die sie weitervergaben. Der Bau der Strecke in Neu-Braunschweig sei überhaupt nicht zu rechtfertigen und sei nur in Angst genommen worden, um die Wähler der Regierung für sich zu gewinnen.

## Japan.

Das gefürzte Budget. Tokio, 12. Februar. Das Unterhaus nahm das Budget mit einer Streichung von drei Millionen Pfund Sterling an, wie sie die Budgetkommission beschlossen hatte, und einem weiteren Abstrich von 4 800 000 Pfund Sterling, die zur Wiederauflistung des ständigen Marinesfonds in den Etat eingestellt waren, deren Streichung die Budgetkommission einstimmig beschloß. — In Osaka kam es gestern zu politischen Unruhen. Die Polizei traf aber umfangreiche Vorsichtsmaßregeln, so daß die Unruhen schnell unterdrückt wurden.

einer vier bis fünf Wochen währenden „deutschen Opernsaison“ ein — haben die großen amerikanischen Opernunternehmen, die Metropolitan-Oper in New York und in Boston, ihre Saison gerade abgeschlossen. Higgins' großes Projekt bringt nun für die Frühjahrssaison eine Art Austauschoper zwischen Paris und London. Die amerikanischen Unternehmungen werden die Kontraktperiode für ihre Mitglieder fünftig auch für die Frühjahrssaison ausdehnen und nach Schluss der amerikanischen Saison ihr Ensemble und Teile der Chöre und des Orchesters nach Europa dirigieren: nach London und nach Paris. Das Ensemble für die deutschen Opern geht zunächst nach London, während des französisch-italienischen Opernensembles nach Paris geht und hier unter der Leitung des Bostoner Operndirektors Henni Russell in dem freigegebenen neuen Théâtre des Champs Elysées ein vier- bis fünfwöchiges Gastspiel veranstaltet. Dann erfolgt der Austausch der Truppen: das französisch-italienische Opernensemble der Metropolitan-Oper geht nach London in das Covent-Garden-Theater und das deutsche Ensemble der Metropolitan-Oper von London nach Paris. Die Vorteile dieser interessanten Kombination sind sowohl künstlerischer wie auch finanzieller Natur. In London wie in Paris wird man auf diese Weise abgetrennte Ensembles leben; finanziell wird es sich aber mit der Zeit ermöglichen lassen, die außerordentlich hohen Gastsopranoparate der berühmten Sterne der Metropolitan-Oper zu umgehen, indem die amerikanischen Opern fortan ihre Kräfte nicht mehr für die fünfmonatige amerikanische Saison allein engagieren, sondern zugleich von Anfang an für das Varieté und Londoner Gastspiel verpflichten und einheitliche Kontrakte auf neun Monate abschließen. Die weitreichenden Folgewirkungen dieses ersten Schrittes zu einer internationalen Vertrüffung des Opernwesens liegen auf der Hand und dürften dann auch in Deutschland bald fühlbar werden: durch eine geistige Monopolisierung der ersten Gesangskräfte für die amerikanischen Opernunternehmer, die damit einen geschäftlichen Vorsprung auf europäischem Boden einleiten.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbadener Stadtverband für Jugendsfürsorge.

(Abteilung Kinderschutz.)

In der Erkenntnis, daß durch eine Zusammensetzung der in der Jugendsfürsorge tätigen Vereine und Einrichtungen unserer Stadt die Arbeit wirksamer gestaltet werden kann, ist der Stadtverband für Jugendsfürsorge gegründet worden. Der Stadtverband hat nach eingehenden Besprechungen über den derzeitigen Stand der Jugendsfürsorge beschlossen, neben der Jugendgerichtshilfe sich besonders der Arbeit des Kinder- schutzes zu widmen. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß auf diesem Gebiet Notstände bestehen, zu deren Beseitigung die Arbeit der bisher vorhandenen öffentlichen und privaten Organisationen nicht ausreicht, sondern der Ergänzung bedarf. Immer wieder treten auch in unserer Stadt Fälle von Kindermisshandlung oder Kinderausbeutung zutage, bei denen es sich herau stellt, daß Kinder oft jahrelang gequält werden, ehe es gelingt, Abhilfe zu schaffen. Doch solche Fälle nicht rechtzeitig erkannt werden, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß bisher keine Zentralstelle vorhanden war, bei der über die Verhältnisse der betreffenden Familien unterrichtete Personen ihre Wahrnehmungen vorbringen und von der die Fälle planmäßig bearbeitet werden konnten. Diese Zentralstelle wird nun in der vom Wiesbadener Stadtverband für Jugendsfürsorge errichteten Geschäftsstelle Bahnhofstraße 2, P., Sprechstunden Montag und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr vormittags, vorhanden sein. Der Stadtverband bittet, sich in allen, den Kinderschuh betreffenden Fragen vertrauensvoll an die Geschäftsstelle zu wenden. — Eine weitere Aufgabe soll jene Frauen und Männer, die ein Herz für die Nöte und Leiden der Kinderwelt haben, für die Übernahme der Schulpflicht über gesetzlose und verwohlöste Kinder zu gewinnen. Der Verband wird seine Aufmerksamkeit auch den Notständen, die mit dem Adoptivwesen zusammenhängen, widmen. Innerst noch werden Kinder von gewissenlosen Personen dazu benutzt, um unter dem Deckmantel der Adoptivvermittlung ein einträgliches Geschäft mit ihnen zu machen. Gegen eine Absindungssumme werden Kinder dann solchen Personen in die Hände geplaut, bei denen sie oft körperlich und füllig zugrunde gehen. Der Verband bittet die Öffentlichkeit, ihn bei der planmäßigen Bekämpfung dieses Unwesens zu unterstützen. Wo immer durch Alkoholismus oder sonstige Verwahrlosung der Familien die Verhältnisse so geartet sind, daß im Interesse der Kinder ein Eingreifen geboten erscheint, bittet der Stadtverband für Jugendsfürsorge sich an die Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 2, zu wenden.

### Die gemeinnützige Schreibstube.

Die von dem Arbeitsamt eingerichtete Schreibstube für Stellenlose aus den schreibgewandten Berufen ist jetzt einen Monat alt; ein Rückblick auf die erste kurze Periode der Tätigkeit dieses gemeinnützigen Instituts, gegen das befannlich von verschiedenen Seiten protestiert wurde, ist nicht uninteressant. Wie uns das Arbeitsamt mitteilt, gingen im ersten Monat insgesamt für 242 M. 50 Pf. Aufträge ein. Hierdurch konnten durchschnittlich täglich 8 bis 4 Stellenlose beschäftigt und ihnen Verdienst zugeführt werden, so daß sie und ihre Familien der Armenunterstützung nicht bedurften. Diese wenigen Zahlen beweisen, wie erfreulich die Schreibstube schon im ersten Monat gewirkt hat. Die Leistungen müssen jedoch in der Darreichung lohnender Arbeit noch ganz bedeutend gesteigert werden, damit nicht zahlreiche, stelllose Leute, die um Aufnahme und Beschäftigung in der Schreibstube bitten, abgewiesen werden müssen. Schreibt das Arbeitsamt, daß an alle, welche Schreibarbeit zu übergeben haben, an die Behörden und Vereinsvorstände, an kaufmännische und gewerbliche Geschäfte sowie an Privatpersonen von neuem die Bitte richtet, der Schreibstube Arbeit zu zugeben. Schreibt die diskreten Inhalts kommen in abgegrenztem Raum unter steter Aufsicht zur Ausführung. Weiter richtet das Amt an die Bureau- und Kontorvorstände die Bitte, „in Fällen von notwendigen Entlassungen, bei Erkrankungen oder Beurlaubungen, sowie bei Rekonstellationen die Hilfe der Schreibstube, beginnend damit verbundene kaufmännische Stellenvermittlung in Anspruch zu nehmen. Die Schreibstube ist in der Lage, die verlangten Kräfte für Stunden, Tage und Wochen aus hilfloser Dazubieten und immer bereit, etwa ungeeignete Leute durch geeignete Kräfte zu ersetzen. Doch bei der Nutzung der Schreibstube konfessionelle und politische Rücksichten völlig ausgeschaltet sind, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden.“

An den Leistungen des ersten Monats läßt sich natürlich kein Urteil über die soziale Wirkung der Schreibstube des Arbeitsamts fällen; immerhin scheint aus den vorläufigen Erfahrungen herzugehen, daß sie imstande sein wird, stelllosen schreibgewandten Leuten über die schlimme Zeit vorübergehender Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen, ohne daß sie dadurch zu einer besonders fühlbaren Konkurrenzansicht für die Inhaber privater Schreibstuben wird.

Die Dienstbotenrechnung des „Vaterländischen Frauenvereins“ (Bezirksverband) wird in diesem Jahre wieder stattfinden. Diplomiert wird 10jähriger treuer Dienst bei demselben Herrschaft, für 20 Dienstjahre wird neben dem Diplom ein silbernes Kreuz gegeben. Für 40jährige Dienst verleiht die Statthalterin ein goldenes Kreuz. Anmeldungen von Dienstboten mit weniger als 10 Dienstjahren sind bis zum 1. April d. J. zu bewirken bei dem Vorstand des Bezirksverbands Vaterländischer Frauenvereine, zu Händen der Vorsitzenden, der Frau Prinzessin Elisabeth zu Schaumburg-Lippe, Aerobergstraße 18. Nach dieser Zeit eingehende Anträge können erst wieder bei der nächsten, in zwei Jahren stattfindenden Dienstbotenrechnung berücksichtigt werden.

**Straßen-Nebenbauten.** In der Delosstraße zwischen Friedrichstraße und Museumstraße soll im März, in der Bahnhofstraße zwischen Alte Marktstraße und Friedrichstraße im April mit dem Umbau der Fahrbahn und der Gehwege in Asphalt begonnen werden. Bis dahin müssen alle noch fehlenden oder eben zu verändernden Hausschlüsse an die Kabelnetze, das städtische Kanalnetz oder die Haupt-Wasser- und Gasleitung fertiggestellt sein.

**Wohnungsbaugeschäftswurf.** Zum Entwurf eines preußischen Wohnungsbaugeschäfts richtete der Deutschen nationale Handlungsbüroverband in Hamburg am 20. Januar eine wohlgefundene Eingabe an das Haus der Abgeordneten in Berlin. Daran wurden Änderungsvorschläge gemacht

zu Art. 3, §§ 1, 2, 3 und 4, Art. 4, §§ 1 und 2. Namenslich forderte der Verband bestimmte Schlußvorschriften zugunsten jüngerer Angestellter, die vom Dienstherrn in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind („freie Station“). Die hiesige, über 600 Mitglieder zählende Ortsgruppe des D. H. B. hat in ihrer Sitzung vom 11. Februar gleichfalls über die Wohnungsaufträge verhandelt und den Wortlaut einer Eingabe an das Haus der Abgeordneten beschlossen. Die Eingabe ist inzwischen abgesandt worden; auch wurde der Vertreter des hiesigen Wahlkreises gebeten, für die Forderungen des Verbands einzutreten.

**Nachhebung von Sonntagskarten.** Im Bereich des Eisenbahndirektionssbezirks Frankfurt werden zum 1. Mai 1914 die Sonntagskarten für einige Stationsverbindungen und mehrere Doppellinien 2. Klasse mit zwischenliegenden Fußwanderungen eingezogen. Es handelt sich um solche Karten, die seit Jahren nur ganz geringen Absatz finden.

**Arbeiterjubiläum.** Heute, am 14. Februar, sind es 25 Jahre, daß Maria Gang in der Wiesbadener Stanion- und Weinlaßfabrik A. Flach als Bakterierin beschäftigt ist. Aus diesem Anlaß wurde der Jubilarin von der Firma ein Sparfestszettel über 100 M. und von der Handelskammer ein Diplom überreicht.

Der Zeitungskatalog für 1914 der Haasenstein u. Vogler A. G. gelangt in einigen Tagen zur Ausgabe. Der Inhalt dieses Hochdruckwerks hat auch in diesem Jahre eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der praktisch eingeteilte Kalender wurde beibehalten, ebenso das alphabetisch geordnete Verzeichnis sämtlicher Agenturen der Firma im In- und Ausland. Ein Ortsregister ermöglicht ein sofortiges Aufinden aller an den betreffenden Orten erscheinenden Tageszeitungen wie auch der nach Branden geordneten Fachzeitungen. Ausschließliche, beachtenswerte Angaben vieler Zeitungen und Zeitschriften ergänzen den Inhalt des Katalogs, dem sicherlich dieselbe freundliche Aufnahme zuteil werden wird wie in den Vorjahren.

**Alte Notizen.** Ein neuer Kursus beginnt in der Steinographischule Stolae-Schrey im Gewerbeschulgebäude. Zimmer Nr. 14, Freitag, abends 8 Uhr. — Das Bestreben des 15-jährigen Schülers Malinowski, welcher sich beim Modeln einen Schädelbruch zugezogen, ist bis jetzt noch unverändert.

### Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

\* **Ästhetische Schauspiele.** Die Reihe folge der Admoniensenschausbüchsen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag D, Montag B, Dienstag A, Mittwoch B, Donnerstag D, Freitag C. Sonntags ausgehobenes Abonnement, Sonntag A, Montag D, Dienstag B. — Morgen findet „Volksblut“ im Abonnement C statt. Sonntagsabend geht im Abonnement D „Lindau“ in der kleinen Schauspielerei in Szene. Die Theaterfeste fügt Frau Strämer, den „Städteborn“ Herrn Geißelwinkel, während die weitere Bepropung unverändert bleibt. Sonntagnachmittag 2½ Uhr wird als Vollvorstellung bei Volksopern der „Schwan“ „Im grünen Rod“ von Niedelsburg und Stolzenau gegeben.

\* **Wiesbadener Künstler anwärts.** Der Violinist Gustav Maeurer, ein Wiesbadener Kind, veranstaltete in seiner Musikschule in Wien sein sechstes Schülerkonzert. Die Presse beurteilt es sehr günstig. So schreibt die „Neue Freie Presse“: Violinist und Musikaldirектор Gustav Maeurer veranstaltete am 2. d. im Vereinshaus, 21. Bezirk, vor ausverkauftem Hause sein sechstes Schülerkonzert. Maeurer hatte beiderseits mit einem großartigen Violinsonat, Romanze von Swetlan und Rosario Serenade „Eine kleine Nachtmusik“ großen Erfolg und wurde durch Überredung eines Vordeckerzuges ausgezeichnet. Der „Volksbote“ sagt u. a.: Die Beliebtheit dieser Konzerte macht sich von Jahr zu Jahr. Das kann auch in der regen Teilnahme an sonntäglichen Konzerten wieder zum Ausdruck. Ein sehr reichhaltiges Programm, vielleicht ein zu reichhaltiges, zeigte die mitwissenden Schüler auf allen Stufen des Leidenschafts: vom toller musizierenden Debütanten bis zum fiktiv und wissenschaftlichen Meistermüller. Mit dieser Schule befindet sich Floridsdorfer ein auf der Höhe stehendes Institut für Musik und Gesang, dessen zielbewußte Leitung in außerordentlichen Händen ruht, deren Erfolge wie bereits seit einer Reihe von Jahren beobachtet. Wie wichtig ist es, daß der Musikum und die Technik eines Anfängers von tüchtigen Lehrern geweckt und bestimmt werden! Das ist ausschlaggebend für den Fortschritt. Seit Jahren verfolgen wir die Entwicklung der Schüler dieser Anzahl und können mit Freude konstatieren, daß für sie jedes Jahr einen schönen und großen Fortschritt bedeutet. Am Sonntag leistete wie immer die Kammermusikfeste Vorsäßliches, während die Kleinen ihre Ausgabe mit erstaunlicher Fertigkeit lösten. Wollten wir die besten Namen nennen, so müßten wir alle Wettbewerben anführen.“

### Aus dem Vereinsleben.

#### Dorberichte, Vereinsversammlungen.

\* Die „Allgemeine Kranken- und Sterbehilfsanstalt zu Wiesbaden“, früher „Allgemeiner Krankenverein“, hält ihre erste Mitgliederversammlung heute Samstag, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, im „Deutschen Hof“. Goldstück 2, ab.

Der Maskenball des „Wiesbadener Bürger-Vereins“ findet heute abend im defektorierten Saale des „Städtischen Gesellschaftshauses“ statt.

Der Verein des „Sport- und Telegraphen-Unterbeamten“, Ortsgr. Wiesbaden, hält morgen Sonntag, den 15. Februar, abends 8 Uhr 11 Min., einen Maskenball in der Turnhalle, Hellmuthstraße 25, ab.

Der Kreis-Maskenball des Männergesangs-Vereins „Ridder“ findet, wie alljährlich, am Sonnabend-Samstag, den 21. Februar, im Apollo-Theater (Kaisersaal), Dorotheer Straße 19, statt.

Der Maskenball des Gesangvereins „Wiesbadener Männerklub“ findet am Fastnachtstag, den 21. Februar, abends 8½ Uhr, im Saale der „Walhalla“ statt. An Überrosenbogen soll es nicht fehlen.

\* Die „Gesellschaft Sang & Freunde“ begeht am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr 11 Min., ihr hundertjähriges Kappennmärschen mit Tanz im Saale der „Neuen Adelschule“ (Rektor Neudauer).

#### Vereinsvorträge.

Am „Verein deutscher Ingenieure“ hielt am vergangenen Mittwoch Prof. Dr. v. Kries einen Vortrag über „Deutschland und französisches Flugwesen“. Der Redner gab einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung des Flugwesens seit den ersten Erfolgen des Deutschen Ritterflieger und des Brüderlied. erwähnte die Erfolge der Franzosen, die Schaffung des Kanals des Mittelmeeres und der Alpen, die Flüge Bégauds und stellte ihnen gegenüber die Reform der Deutschen im Dauerflug und den Flügen mit größerer Motor. Er würdigte an Hand von zahlreichen Bildern die Entwicklung der verschiedenen Apparate, die Bauart der Motoren in beiden Ländern, deren Vor- und Nachteile, ihren Einfluß auf Motor, Gleitfähigkeit und Tragfähigkeit der einzelnen Typen, die wirtschaftlichen Gründe, die neben der in beiden Ländern herrschenden Volkstümlichkeit für die Weiterentwicklung des Flugwesens ausschlaggebend sind. (Ohne Gewicht.)

#### Vereinsleste (Ausnahme ist ab 20 Seiten).

\* Der Athletik-Sport-Klub „Athletia“ hielt am Samstag, den 7. Februar, bei der Turnhalle, Hellmuthstraße 25, seinen Vollmaskenball, bei dem ein großer Saal ab. Das Publikum blieb, denn der vielen Darbietungen des Klubs, bis zum früher Morgen in gemütlicher Sitzung zusammen.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

-o- **Biebrich, 12. Febr.** Das heilige Gewerkschaftsfeuer hatte seine Feier gegen die Gültigkeit der im November vorgenommenen Wahlen der Zusatzwahlmitglieder zur Ortsräte und Landtags-Klasse Einbruch erobert. Die Wahl hatte ebenfalls den vereinigten Bürgern die Recht im Zusatzwahlkreis verschafft. Der Einbruch war damit begründet worden, daß eine zu geringe Sicherheit des Wahlgemeindes vorgesehen worden sei, da nur 2 Wahlzettel vorhanden waren, von denen einer bei dem starken Andrang sogar einmal umgeworfen wurde. Diese Zustände hätten viele Wähler veranlaßt, von der Wahlbereitstellung abzutreten. Wie schon das heilige Gewerkschaftsamt bat jetzt auch das Oberverwaltungsam in Wiesbaden den Einbruch als unbegründet bestreiten, da nach den getroffenen Feststellungen die Begründung des Einbruchs für nicht stichhaltig befunden werden müsse. Der abweisende Bescheid steht fest, daß es selbst bei zeitweiser Unmöglichkeit der Wahlzettel jedem Wähler ohne Schwierigkeit möglich gewesen sei, in einem Winde des großen Wahlzettels den Wahlzettel unbeobachtet in den Umschlag zu stecken. — Der 15 Jahre alte Arbeitsbürokrat B. hat in der Werkstatt fünf Flaschen Cognac entwendet. Dabei halfen ihm zwei Schuljungen von 12 Jahren. Das Kleedict wurde festgestellt, auch der entwendete Cognac bis auf eine Flasche

### Nassauische Nachrichten.

-o- **Niederhausen, 12. Febr.** Die Generalversammlung des hiesigen Turnus Klubs und Verhönerungsvereins, der dem Stammklub Frankfurt a. M. angehört, ist jahrl. gestern abend im Gasthaus zum „Goldenen Ram“ statt. Die Versammlung war recht gut besucht. Der Verein zählt 50 Mitglieder; seine Einnahmen beliefen sich im vergangenen Jahr auf 458 M., seine Ausgaben auf 367 M., so daß rund ein Überschuss von 120 M. rückte. Es wurde beschlossen, für Bergauszeichnungen, Begräbnisse, Errichtungen einer Schuhblüte usw. im laufenden Jahr die Summe von 350 M. zu verwenden; darüber Zugang von Fremden kostet man durch Benutzung der Tagespresse, durch Prospekte usw. zu erreichen. Der Verein hat beschlossen, dem Nassauischen Verkehrsamt, dessen konstituierende Versammlung am 14. I. M. im Rathaus zu Frankfurt stattfindet, beizutreten. Der seitherige Vorstand des Vereins wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Ausweis der hier erschienenen Karte ist unter Luftkurort im letzten Sommer von einer 1800 Personen besucht; die vorjährige Lage des Kurviertels holt am Bald, die vorjährigen Verbindungen mit den Großstädten Wiesbaden und Frankfurt sowie noch andere Vorteile unseres Ortes lassen ein stetes Aufsöhnen desselben erkennen.

-o- **Aus dem Rheingau, 13. Febr.** Der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei für den mittleren Rheingau hat am Mittwoch in Geisenheim eine Versammlung abgehalten, die aus Niedersheim, Geisenheim, Johannisberg und Winkel sehr stark besucht war. Parteisekretär Max Müller (Frankfurt a. M.) sprach über die politischen Tagesfragen unter besonderer Bezugnahme auf die Arbeit der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag und im Landtag. Der Vortrag wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen. Weingutsbesitzer Hassenauer (Geisenheim), der den Vortrag führte, warf einen Rückblick auf die seitherige fortgeschrittliche Arbeit im Rheingau. Der Verein in Geisenheim ist seit kurzem von 18 Mitgliedern auf 70 Mitglieder gestiegen. Es ward beschlossen, die Organisationsarbeit im Rheingau planmäßig und eifrig zu betreiben. Im Anschluß an das Referat wurde folgende, von Fabrikbesitzer Kreyer eingefrorene Resolution einstimmig angenommen: „Die zahlreich versammelten Mitglieder der Fortschrittlichen Vereine von Niedersheim, Geisenheim, Winkel und Johannisberg sprechen der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei ihren Dank aus für ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage und bitten sie, unentwegt auch fernherin für die freideutsche Ausgestaltung des Wahlrechts zum preußischen Landtag, zum mindesten zunächst für die Einführung der geheimen und direkten Abstimmung, einzutreten.“

### Aus der Umgebung.

#### Die letzten jüdischen Offiziere.

FC. Frankfurt a. M., 12. Febr. Gestern stand auf dem Frankfurter Friedhof, am Todestag des vor zwei Jahren verstorbener Hauptmanns d. L. a. D. Gernsheim, eine Gedächtnisschrift, die von dem Kriegerverein Worms ausging. Gernsheim war einer der lebten Offiziere jüdischen Gläubens der Großherzgl. Hessischen Division. Er hat sich im deutsch-französischen Krieg 1870/71 ebenso wie die Leutnants Homberger (Infanterie-Regiment 116), Stilling (Infanterie-Regiment 117) und Reuterdal (Infanterie-Regiment 117), alle jüdischer Konfession, ausgezeichnet.

### Gerichtsaal.

— **Untreue und Unterföhlung.** Der Papierhändler Karl Volzer in Wiesbaden war während 14 Jahren der Kassierer des Spar- und Bauvereins, welcher sich ebenfalls an der Waldstraße im Biebrich betätigt hat. Nach dem Vereinssturz hatten von zwei zu drei Jahren Kassenrevisionen zu erfolgen. Bis zum Jahre 1911 war dabei alles in besserer Ordnung befunden worden, und auch bei der letzten Revision am 16. Oktober 1911 stimmte der vorgefundene Kassenbestand genau mit den Büchern überein, als man aber an die Prüfung der Bücher ging, stieß man auf eine ganze Reihe von Unregelmäßigkeiten, und der Betriebsertrag, der schließlich festgestellt wurde, bezeichnete sich auf 7. bis 8000 M. Er setzte sich aus einer ganzen Anzahl von Posten zusammen. Zunächst war an einer Addition eine Mafur vorgenommen worden, welche 1000 M. weniger in die Erscheinung treten soll, als tatsächlich hätte vorhanden sein müssen, ferner fehlten Einnahmen über Einnahmen in Höhe von 486 M., 100 M., 3 M., 1000 M., 5500 M. Weiter wurde festgestellt, daß Volzer für eines Tages eine Quittung über 525 M. hatte geben lassen, ohne diesen Betrag auszugeben. Er hat diese Quittung lediglich als Beleg von Auszahlungen verwandt. Ein Kredit in Höhe von 8000 M. der beim Vorstandsberein für den Spar- und Bauverein eingeräumt worden war, wurde von ihm persönlich ausgenutzt; er hat sich ferner unbefugt bei dem Spar- und Bauverein ein eigenes Konto angelegt, dieses mit über 6000 M. belastet und die Säfte nur mit 2 Prozent und Nebel gebracht, während er selbst bei seinen Einnahmen 5 Prozent bezog. Endlich hat er Privatcoupons von Wertpapieren des Vereins auf seinem Privatkonto verdeckt. Der Angeklagte, der einen zunächst ermittelten Betriebsertrag von 1000 M. erzielte hat, stellte vor der Strafkammer vor, die er unter der Anklage der Untreue sowie der unrichtigen Darstellung der Geschäftslage gestellt war, jede Schuld in Abrede. Die Behauptungen der Anklage beruhen zum Teil auf irrtümlichen Voraußsetzungen, zum Teil handelt es sich um Versehen, bei denen eine unlautere Absicht

nicht vorgelegen habe. Der Angeklagte wurde wegen Unterlassung von 7. bis 8000 M. wegen Vergehens wider das Wettbewerbsgesetz sowie wegen unrichtiger Bilanzierung zu 1 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Spar- und Bauverein ist zwischenzzeitlich in Konkurs geraten. Der Jahresumsatz von etwa 48 000 M. bot keinerlei Anlaß zu der Konfusion in den Büchern, die zum Schluß festgestellt wurde. Valzer bezog für seine Tätigkeit ursprünglich 600 M. pro Jahr, während sie in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr honoriert wurde. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte eine Gefängnisstrafe in Höhe von 1 Jahr beantragt.

## Neues aus aller Welt.

Zu dem Diebstahl der gelmpsten Kaninchen. Berlin, 18. Febr. Die im Institut für medizinische Diagnostik gestohlenen, mit Tuberkulosezellen gelmpsten Meerschweinchen und Kaninchen sind heute nachmittag im Hofe des Hauses Wodastraße 14 gefunden worden. Die Tiere waren alle tot und in einen Sack eingeschnürt. Die Sirene der Einbrecher wurde noch nicht ermittelbar.

Strandung eines Hamburger Dampfers. Cuxhaven, 18. Febr. Der Hamburger Dampfer "Greif" ist vor Süderelde gestrandet. Acht von vier ausgelaufenen Hilfsdampfern machten bisher vergleichbare Bergungsversuche.

Der Hochwasserschaden in Südbayern. Südbayern, 18. Febr. Das das letzte Hochwasser noch viel größeren Schaden angerichtet hat, als ursprünglich angenommen wurde, beweist eine Senatsvorlage, die dem Bürgermeister am Sonnabend, 16. Februar, überreicht wurde. Es begründet diese Forderung damit, daß das dortige Volkswell, das erst vor 10 Jahren errichtet und vor einigen Jahren nach einer Sturmflut gründlich ausgebessert wurde, nun vollständig unbrauchbar geworden sei.

Schiffsunfall. London, 18. Febr. Der englische, mit einem beladenen Dreimaster "Moden" ist heute nach bei Bredene untergegangen. Der Kapitän wurde aus dem Taubenturm, das aus dem Wasser herausragte, gerettet. Die übrige Besatzung von acht Mann ist ertrunken.

## Deutscher Reichstag.

### Kanalamt-Anstellte und Volksversicherung.

Berlin, 18. Febr. (Eig. Drucksbericht) Nachdem heute Staatssekretär Zimmermann einiges bereits Bekanntes über den Schutz der Deutschen in Mexiko erzählt hatte, lehnte der Reichstag — es war der 19. Tag — die Staatsberatung fort. Beim Kanalamt führten Dr. von (Soz.) und Hoff (Wolfsb.) Beschwerden, der eine über die Verhältnisse der beim Kanal beschäftigten Arbeiter, der andere darüber, daß die Küstenschiffe oft wochenlang auf Durchschleppung vor der Einfahrt warten müssen. Die Antwort des Ministerialdirektors war recht nichtssagend. Noch ausführlicher gestaltete sich die Debatte beim Aufsichtsamt für Privatversicherung. Nicht nur die für zahllose Beteiligten immer noch mysteriös erscheinenden Einrichtungen und Vorschriften der Angestelltenversicherung wurden behandelt. Vor allen Dingen feste ein sehr heftiger Redekampf ein über die neuen öffentlichen Volksversicherungsunternehmen und den Kampf, den die katholische Volksversicherung und die sozialdemokratische Volksfürsorge auf der einen Seite unter sich und auf der anderen Seite gegen die erbitterte Konkurrenz der privaten Versicherungsgesellschaften führen. Der volksvorteiliche Abgeordnete Dörmann begründete einen Antrag, die öffentlich-rechtlichen Versicherungen der Reichsaufsicht zu unterstellen, vor allen Dingen aber die behördliche Propaganda für diese Volksversicherung gefährlich einzudämmen, ein Antrag, für den auch das Zentrum sich aussprach. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hildebrand wiederum führte bewegliche Klage für die Bekämpfung der Volksfürsorge. Man habe sogar das Aufsichtsamt veranlassen wollen, der sozialdemokratischen Organisation durch eine offizielle Rechtsbestellung die Genehmigung zu verlagen. Staatssekretär Dörrbrück lehnte eine gesetzliche Regelung ab, versicherte aber, es sei Fürsorge getroffen, daß der Konkurrenzkampf sich für die Folge überall in den erforderlichen Grenzen halte.

Nach schier nicht enden wollender Debatte, in der u. a. der nationalliberale Abgeordnete Götting die volksvorteilichen Anträge als überflüssig befürwortete und auf die auch der Abgeordnete Heil als leibhaftiger Anwalt der Volksfürsorge einging — der beste Beweis, wodurch grohe Bedeutung die Sozialdemokratie der neuen Organisation beimitzt —, vertagte man sich in vorigster Stunde.

### Sitzungsbericht.

Eigener Drucksbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

# Berlin, 18. Februar.

Am Bundesratssaal: Zunächst Kommissionen.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 2 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

### kurze Anfragen.

Abg. Dr. v. Richthofen (nati.): fragt: Zeitungsnachrichten aufzeigen, daß die amerikanische Regierung das bisher bestehende Verbot der Waffenausfuhr nach der Republik Mexiko aufgehoben. Es dürfte zu befürchten sein, daß dadurch die Revolution gegen den auch deutscherseits anerkannten gegenwärtigen Präsidenten der mexikanischen Republik bedeutend verstärkt und die Wiederherstellung der Ruhe entsprechend erschwert wird. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob der Kaiserlichen Regierung mit Rücksicht auf die dauernden Unruhen in Mexiko schwer geschädigten deutschen Interessen Mitteilung über diese Maßregel, seitens der amerikanischen Regierung gemacht worden sind?

In Verbindung damit fragt Abg. Dr. Blunk (opt.): Nach Zeitungsnachrichten hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika das bisherige Verbot der Einführung von Waffen nach Mexiko aufgehoben. Dadurch dürfte vorwiegend die revolutionäre Bewegung im Norden Mexikos wieder an Stärke und Ausdehnung gewinnen. Was bedeutet der Herr Reichskanzler bei dieser Sachlage zum Schutze der deutschen Interessen zu tun?

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat uns amtlich mitgeteilt, daß vorläufig niemand in der Lage ist, die Angelegenheiten der Republik Mexiko zu ordnen. Sie meint, daß die Machthaber vorläufig nicht in der Lage sein würden, im Norden des Landes sich die nötige Autorität zu verschaffen. Die amerikanische Regierung hat deshalb das Waffenverbot aufgehoben, während auch die Staatsangehörigen anderer Länder in die Lage versetzt worden sind, nach Mexiko zu verlaufen, was ihnen beliebt. So weit die Mitteilung der amerikanischen Regierung. Der Schutz der deutschen Interessen in Mexiko ist den Verbündeten Regierungen ein Gegenstand ernster Sorge. Als sich im Herbst vorigen Jahres die Lage wieder bedrohlicher gestaltete, haben sie nach Veracruz das Schlusschiff "Herr" beordert, das bis zum Eintreffen des kleinen Kreuzers "Bremen" dort blieb. Nach der Beschlagnahme wurde der kleine Kreuzer "Nürnberg" entsandt, der am 12. November dort eintraf. Durch das Vorhandensein unserer Kriegsschiffe sind unsere Staatsangehörigen wenigstens an den Küsten gesichert. Auf den Schiffen können im äußersten Notfall die aus dem Innern des Landes flüchtenden Unterkunft finden. In dankenswerter Weise hat sich auch die Hamburg-Mexiko-Linie bereit erklärt, auf heranziehenden Handelsdampfern ihrer Flotte den Deutschen ebenfalls Unterkunft zu gewähren. Die Regierung ist allerdings außerstande, im Innern des Landes Schutz zu gewähren. Es ist deshalb den in Durango und Torreon lebenden Deutschen geraten worden, sichere Orte aufzusuchen. Da einige Familien nicht über die nötigen Geldmittel verfügen, um fortziehen zu können, so sind ihnen von amtlicher deutscher Seite aus gegen Schuldlosen Unterstützung gewährt worden. Auch sind deutschseits amtliche Expeditionen in das Innere gemacht worden, um die Flüchtlinge in sichere Orte zu geleiten. Glücklicherweise sind die Verluste deutscher Staatsangehöriger an Leben nicht allzu groß, dagegen sind natürlich die Verluste an Schuh und Gut groß. Es geht ihnen aber in dieser Beziehung nicht schlechter oder besser als den Angehörigen anderer Nationen. Selbstverständlich wird die mexikanische Regierung noch völkerrechtlichem Grundsatz dazu angehalten werden, für den entstandenen Schaden aufzukommen.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): In einer Versammlung des Berliner Philologen-Vereins im Dezember 1913 hat der preußische Ministerialdirektor v. Bremen mitgeteilt, daß in Stütze ein pädagogisches Zentralinstitut errichtet werden solle. Kann der Herr Reichskanzler darüber Auskunft geben, ob es sich bei diesem Plane um eine Zentralstelle für Preußen oder um ein pädagogisches Zentralinstitut für das Deutsche Reich handelt?

Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Dr. Leibnitz: Das von der preußischen Unterrichtsverwaltung ins Leben gerufene Zentralinstitut hat die Aufgabe, alles auf diesem Gebiet vorhandene Material zu sammeln und die Einrichtungen zu studieren, es durch Kurse und andere Dinge weiteren Kreisen zugänglich zu machen und so die weitere Entwicklung zu fördern. Wenn auch das Institut nur ein preußisches sein wird, so wird es doch seine Wirksamkeit nicht nur innerhalb der Grenzen Preußens finden.

Abg. Goldhorn (Wesse) fragt: Die Fragen sind allgemein, daß in Ausführung der Reichsversicherungsordnung auch Eltern, die sich in durchaus gesicherten Vermögensverhältnissen befinden, gezwungen werden, ihre im eigenen Betriebe Mitarbeitenden und bei ihnen wohnenden Kinder in den Landeskassen zu versichern. Man verlangt beispielweise im Landkreis Stolzenau (Hannover) von wohlhabenden Hofsäthern, die zur Wehrfeuer herangezogen sind oder fordert den Nachweis eines hohen Kapitals von mindestens 3000 M. für jedes betreffende Kind. Da eine derartige Handhabung der Reichsversicherungsordnung unserer Auffassung dieses Gesetzes nicht entspricht, so richten wir die Anfrage an den Herrn Reichskanzler, ob er eine derartige Interpretation des Gesetzes für die richtige hält?

Director im Reichsamt des Innern Dr. Gaspar: Bei den Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung ist diese Frage eingehend erörtert worden und man ging von der Erwägung aus, ob die Kinder, die gegen Entgelt in den ersten Betrieben tätig sind, versicherungspflichtig sind oder nicht. Wie weit hier eine Versicherungspflicht besteht, das muß von Fall zu Fall entschieden werden.

Die Anfrage des Abg. Dr. Müller-Meininger (opt.) nach Maßnahmen zur Verhütung der fortgesetzten schweren Unfälle auf dem Flugplatz Johannisthal wird, wie Vizepräsident Dr. Paasche mitteilt, auf Wunsch der Regierung später beantwortet werden.

Dann wird die Beratung zum

### Etat des Reichsamt des Innern

fortgesetzt, und zwar werden zunächst die gestern zurückerstellten Abstimmungen vorgenommen. Das Kapitel "Reichsgesundheitsamt" wird bewilligt und die dazu gestellten Anträge werden angenommen. Das Kapitel "Physikalisch-Technische Reichsanstalt" passiert ohne Debatte. — Bei Kapitel

### "Kanalamt"

sagt Abg. Legien (Soz.) über die zu lange Arbeitszeit der Arbeiter bei den Kanalbauten. Auch reichen die Löhne nicht aus, um den Arbeitern eine einigermaßen angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen.

Abg. Hoff (opt.): Der Kaiser-Wilhelm-Kanal sollte zwar zunächst strategischen Zwecken dienen, daneben aber auch den Zwecken des Belehrers und der Kultur. Das ist bei der Beratung der Kanalvorlage mit Recht hervorgehoben worden. Erfreulich ist es, daß der Verkehr der HandelsSchiffe in aufsteigender Linie sich befindet. Leider genügt der Kanalbetrieb dort keineswegs. Es scheint in der Organisation ein Fehler vorhanden zu sein, der die volle Ausnutzung des Kanalmaterials unmöglich macht.

Ministerialdirektor v. Jonquidres: Die Zahl der ausländischen Arbeiter beim Kanalbau ist bereits um 25 Prozent gestiegen. Von irgendeiner Regelung, wie es Herr Legien nannte, der Kanalverwaltung gegen Arbeiter und Schiffsmannschaften ist keine Rede. Der Verkehr im Kanal unterliegt selbstverständlich den vertraglichen Bindungsverhältnissen. Wenn hinsichtlich der Bereitstellung von Schleppdampfern bei Brunsbüttel Unzulänglichkeiten sich ergeben haben, so dürfte darin inzwischen schon Abhilfe geschaffen worden sein.

Bei uns besteht leider kein Schleppmonopol.

Wir sehen jetzt jedoch eine halbe Million am Schlepptarif zu. Da kann man nicht verlangen, daß wir unter allen Um-

ständen jede beliebige Zahl von Schleppern stellen; wir wollen uns aber bemühen, mit einer neuen Tarifierung eine Anhebung zu erreichen.

Nach nochmaligen kurzen Ausführungen der Abg. Legien (Soz.) und Hoff (opt.) wird das Kapitel "Kanalamt" bewilligt.

Vor Eintritt in die Beratung des Kapitels

### "Aufsichtsamt für Privatversicherung"

gibt Abg. Giesberts (Betr.) im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß die gestrigen Ausführungen seines Parteigenossen Astor hinsichtlich des Ausscheidens der auf dem Wege zur Arbeitsstätte erschienenen Unfälle von der Entschädigungsplausibilität nicht im Rahmen der Tradition gemacht worden seien. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß diese Unfälle als Betriebsunfälle zu entzögeln seien, so weit sie den Arbeiter bei seiner Betriebsaktivität treffen. Herr Astor habe lediglich als Vorsitzender einer Versicherungsgesellschaft gesprochen. Diese Erklärung sei wichtig, weil sonst der Anschein erweckt werden könnte, als ob ein Eingriff in ein schwedendes Verfahren vorgenommen werden sollte.

Zu dem zur Debatte stehenden Kapitel selber führt

Abg. Giebel (Soz.) aus: Was mein Freund Bauec ausgeführt hat, hat er im vollen Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion getagt. (Heiterkeit.) Die Versicherungspflicht von Privatangestellten sollte sich weniger nach der jeweiligen Beschäftigungsart richten, die allgemeine Stellung des Betreffenden sollte ausschlaggebend sein. Ein außerordentlicher Überstand besteht dorin, daß dem Angestellten, der einen Antrag auf Einleitung eines Heilsverfahrens stellt, der dritte Teil der Kosten auferlegt wird. Dann bitte ich um Auskunft, wieviel Anträge auf Heilsverfahren bisher gestellt worden sind. Die Amtsstellen sollten ihren Besitz nicht unsocial anlegen, sondern sich von kapitalistischen Geschäftsmethoden fernhalten. Bei Hypothekengeschäften nahmen sie sogar recht erhebliche Abschlagsprovisionen. Die Beamtenverhältnisse der Reichsversicherungsanstalt sind völlig ungünstig. Mit Unrecht wird den Beamten die Bildung eines Ausschusses unmöglich gemacht. Die Militärärzte werden bevorzugt und die Gehälter für niedere Beamte reichen nicht aus.

Ministerialdirektor Dr. Gaspar: Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besitzt das Selbstverwaltungsrecht. Wir können deshalb nur Ratschläge erteilen. Die Entscheidung z. B. auch über die Anlegung der Gelder liegt aber bei der Verwaltung. Auch die übrigen Klagen des Redners können hier nicht zur Erledigung gebracht werden, sondern im Aufsichtsrat der Anstalt. Ein Drittel der Beamtenschaft soll mindestens Militärärzte sein, aber weshalb sollte darüber hinaus es aber ausgeschlossen sein, tüchtige Leute anzustellen, bloß weil sie Militärärzte sind. In der ersten Zeit der Versicherung waren Überstunden ecklässig, ja verständlich. Daß die täglichen Verhältnisse im Versicherungsamt nicht ausreichen, liegt daran, daß bei Errichtung des Amtes in aller Eile Privathäuser gemietet werden mußten.

Abg. Wallenborn (Bir.): Auch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen, deren Geschäftsbereich sich über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen eines Staates erstreckt, müssen, wie in einer der vorliegenden Resolutionen gefordert wird, der Aufsicht des Aufsichtsrats für Privatversicherung unterstellt werden.

Den Staats- und Gemeindebeamten sowie den Lehrern muss unterstellt werden, daß sie ihren amtlichen Einfluss zu gunsten der Volksversicherungen geltend machen.

Abg. v. Winterfeldt-Menzlin (lond.): Es ist erläutert, daß die privaten Versicherungen zornig sind über die Gefährdung ihres Bestandes. Die Volksversicherungsanstalt bedauern auch wir. Die Befürworter, die die Volksversicherung erzielt hat, sind imponierend und beweisen das Bedürfnis für eine Volksversicherung.

Private und öffentliche Versicherungen können wohl nebeneinander bestehen.

Die Volksversicherung ist das Werk eines einzigen Mannes, und die Bewunderung kann man diesem Manne, dem Geh. Rat Kapp, nicht versagen. Sein Name wird nicht nur mit der Geschichte der Versicherung, sondern auch mit Deutschland verbunden sein und bleiben. (Lebhafte Bevölkerung.)

Abg. Dorrmann (opt.): Um der Gerechtigkeit willen muß ich zugeben, daß die privaten Versicherungsanstalten in ihrem Kampfe nicht immer in den angemessenen Grenzen geblieben sind. (Hört! Hört! rechts.) Wir sind nicht Gegner des öffentlichen Versicherungsanstalt, wir fordern nur, daß sie sich derselben Mittel bedienen, wie die privaten Versicherungen.

Abg. Dr. Jund (natl.): Durch das Auftreten des Geh. Rats Kapp waren die privaten Gesellschaften in der Verleidung gestellt. Die Befürworter der beiden Versicherungsarten sollen gut und gleich sein. (Heiterkeit.) Das Aufsichtsamt muß eine strenge Kontrolle auch auf das ganze Reich hin ausüben.

Auch die Volksversicherung ist kein humanitäres Werk, sondern eine geschäftliche Institution. Das Reichsamt des Innern mag dafür sorgen, daß die beiden feindlichen Freiheit vereint marschieren und schlagen. Das liegt im Interesse der Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Staatssekretär Dr. Debrügel: Bei dem dieser Debatte zugrunde liegenden Konfliktkampf zweier Arten von Versicherungen sind leider Ausschreitungen vorgekommen. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen unterstehen dem preußischen Minister des Innern, die Volksversicherung dem Reichsamt des Innern. Die Annahme, daß von diesen Ministerien die eine oder die andere Partei begünstigt worden sei, ist falsch. Der Minister und ich sind seit in enger Führung miteinander geblieben. Wir waren darüber einig, daß eine energische Propaganda der Volksversicherung eine sehr wichtige Aufgabe sei und gefördert werden müsse. Wir waren uns einig, daß für bestimmte Gegenden die Volksversicherung die geeignete Versicherungsort sei, in anderen die andere Form. Auf Anhieb der großen arbeitslosen Arbeiterorganisationen habe ich die Beteiligung der Reichsregierung an der Verwaltung gesichert. Auch waren wir uns einig, daß es nicht erwünscht ist, daß beide Unternehmungen sich bekämpfen, sie sollten vielmehr in gemeinschaftlicher Front schlagen. Eine Einigung herbeizuführen, ist mir leider nicht gelungen.

Wenn sich der Anhänger des Kampfes versogen hat, wird sich diese Vereinbarung gut erreichen lassen. Wir sind uns einig darüber geworden, daß jeder Teil dafür zu sorgen hat, daß ein Kampf künftig in angemessenen Formen sich abspielt. Von Anfang an hat volle Übereinstimmung zwischen den preußischen und den Reichsbehörden bestanden. Sie haben Anlaß genommen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

die die Sicherheit bieten, daß der Konkurrenzklampf in Zukunft beiderseits sich in angemessenen Formen abspielt. Nun hat man geglaubt, daß diese Vorcommittie Anloß geben sollten, eine Änderung unserer gesetzlichen Bestimmungen über die Haftaufsicht der Versicherungsunternehmungen in dem Sinne einzutreten zu lassen.

dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten in dem Bundesstaat, soweit sich ihre Tätigkeit über den Bezirk eines Bundesstaats erstreckt, der Aufsicht des Aufsichtsamts unterstellt werden. Demgegenüber muß ich meinem Bedenken Ausdruck geben, eine Änderung der jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen. Durch ein Übergehen der preußischen öffentlich-rechtlichen Versicherungen über die Grenzen des preußischen Staats hinaus tritt keine Rechtsverschiebung ein. Außerdem sind zwischen einzelnen Bundesstaaten, z. B. Preußen und Bayern Abmachungen rechtlicher Natur über die Zuständigkeit bei Prozessen usw. getroffen worden. Die Befürchtung, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten sich dem ordentlichen Gerichtsstand entziehen könnten, ist grundlos. Es ist selbstverständlich, daß alle Klagen aus Versicherungsverträgen, die öffentlich-rechtliche Anstalten abgeschlossen haben, im ordentlichen Rechtsweg zum Ausdruck zu bringen sind. Ausschreitungen im Konkurrenzklampf seitens der einen oder anderen Partei werden nach den gleichen Grundsätzen und mit der gleichen Schärfe geahndet werden.

Abg. Rupp (Wirths. Ver.): Die verteilten Flugblätter beider Versicherungsarten beweisen, daß sich ein ganz ungünstiger Kampf entsponnen hat. Um diesen zu beenden, ist es nötig, die beiden Resolutionen anzunehmen.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Die ganze Debatte zeigt wieder, wie kleinlicher preußisch-deutscher Geist in diesen Dingen besteht. Die Reichsregierung kommt mit ihren sozialen Maßnahmen immer hinterher. Anstatt, daß sie die tatkräftige Selbsthilfe der Arbeit freut, versucht sie diese zu föhren und, wenn möglich, zu vernichten. Der Staatssekretär fordert ja selber auf, eine einzige Front zu bilden, um gegen die Sozialdemokratie loszulägen zu können. Tatsächlich handelt es sich für Herrn Dr. Rapp nur darum,

seine agrarischen Wünsche zu erfüllen hinsichtlich der Regelung der landwirtschaftlichen Kredite.

Damit ist aber nicht der Versicherungszweck erreicht. Wir verlangen, daß unserer Volksversicherung gegenüber die gleichen Waffen angewendet werden. Dagegen hat Dr. Rapp in seinem Jahresbericht zwei Vorstandsmitglieder unserer Volksversicherung mit dem Schimpfwort bedacht, „Unterschlagungen“ begangen zu haben. Eine Genugtuung war nicht zu erlangen, das Gericht hat seine Verfolgung abgelehnt, und es ist auch festgestellt, daß Dr. Rapp bei seiner falschen Beschuldigung vom preußischen Landwirtschaftsminister unterstützt worden ist. (Vizepräsident Dr. Dove: Sie dürfen dem Minister einen derartigen Vorwurf nicht machen.) Es handelt sich hier um einen rein formellen Alt. Unsere Hoffnung, daß es noch Richter in Preußen gebe, die den guten Namen zu schützen wissen, hat sich nicht erfüllt. Die Grundlagen der Volksversicherung sind nicht ansehbar.

Weshalb bezeichnet man sie als eine Gründung der sozialdemokratischen Partei? Damit beginnt der unlautere Kampf.

Wir haben uns gegen die gemeinsame Front zu verteidigen und fordern in diesem Kampf die gleichen Waffen auch für uns.

Abg. Schwarz-Schweinfurt (Bentr.): Es ist von Führern der Sozialdemokratie anerkannt worden, daß die Volksfürsorge zugunsten der freien Gewerkschaften und somit indirekt der Sozialdemokratie gegründet worden ist. (Sehr unrichtig bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht widerlegt worden. Da so häufig Winkelversicherungen auftreten, die die Leute um hohe Versicherungsbeträge prallen, sollten die Unterlagen und die Versprechungen derartiger Versicherungen von Aufsicht wegen geprüft werden.

Abg. Höttling (nall.): Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen können den Privatversicherungen nicht gleichgestellt und deshalb auch nicht der Aufsicht des Aufsichtsamts unterstellt werden. Es wäre auch störend für diese großen nationalen Unternehmungen, wie man aus dem Widerhall der sozialdemokratischen Partei erscheinen kann.

Die Volksversicherung ist nur eine erhöhte Form des Sparens.

Wir brauchen deshalb auch für sie eine erhöhte Propaganda. Je mehr Kapital sich ansammelt, um so mehr kann sie auch im sozialen Sinne durch Vorleben wirken. Ich bitte, beide Resolutionen abzulehnen.

Abg. v. Winterfeld (konf.): Die deutsche Volksversicherung hat lediglich den Zweck, den Interessen des deutschen Volkes zu dienen. Wenn von Seiten der privaten Versicherungsgesellschaften deren enorme Überschüsse nur in den großen Städten angelegt werden, so ist es lediglich ein Alt der Billigkeit, wenn man sich bemüht, auf anderem Wege dem ländlichen Deich die Möglichkeit zu geben, Geld aufzunehmen.

Abg. Heine (Soz.): Staatssekretär Dr. Delbrück und der rechtsradikale Minister des Innern sind sich vollständig einig in dem Betriebe, häßliche Formen in dem Konkurrenzklampf auszuschließen. Nur die Volksfürsorge bleibt vogelfrei. Die Behauptung, daß die Volksfürsorge politische Zwecke verfolge, ist ein ungeheuerer Schwund. (Glode. Präsident Dr. Raempf ruft den Redner zur Ordnung.) Dies ist ein falscher Schluß, wenn es nicht eine Lüge ist.

Die Volksfürsorge ist ein Werk der Arbeiter.

Sie verlangt von niemand einen Groschen als Geschenk und steht völlig auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, sonst wäre sie nicht genehmigt worden. Sollen wir uns von den Gesellschaften das Fell über die Ohren ziehen lassen. Noch kein Einzelner ist von der Volksfürsorge nach seiner politischen Überzeugung gefragt worden.

Präsident Dr. Raempf: Sie haben im Lauf dieser Rede von einer Lüge gesprochen. Dies ist aber in einer sehr geschickten Form gesleidet, so daß ich Sie nicht zur Ordnung rufen könnte. Diese Art von Redewendung die zwar den Anschein erweckt, als ob sie lediglich auf außerhalb bestehende gärunzt seien, tatsächlich aber Anweisungen verlegen müssten, ist unparlamentarisch. (Dr. Hoffmann: Rechts!) bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Blüger (Bentr.): Es ist sehr wohl möglich, neben einer Staatsaufsicht auch eine solche des Reichs zu unterstützen.

Nachdem noch der Abg. Siebenbürger (konf.) und Staatssekretär Dr. Delbrück sich zu dem Beratungsgegenstand gewußt, wurde die Weiterberatung auf Samstag 10 Uhr vertagt. Die Abstimmungen finden morgen statt.

Schluß 7½ Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Älterer Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

8 Berlin, 13. Februar.

Um Ministerisch der Minister des Innern v. Dahlwitz. Vizepräsident Borsig eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr. zunächst beschließt das Haus, das wegen

### Verteidigung des Abgeordnetenhauses

gegen den Redakteur des „Vorwärts“ Wach's gefällte Urteil im „Reichs- und Staatsanzeiger“ und im „Vorwärts“ auf Kosten des Verurteilten einmal bekanntzumachen, wozu ihm das Befehl durch das Landgericht 1. Berlin am 23. Mai 1913 ausgesprochen war. Die Verteidigung war in einem Artikel des „Vorwärts“ mit der Überschrift „Reaktionäre Affenkomödie“ ausgesprochen worden.

Das Haus sieht die Beratung des

### rats des Ministeriums des Innern

fort.

Abg. Freiherr v. Bedlik (freikons.): Wenn die Nationalliberalen die Sozialdemokraten energisch bekämpfen wollen, so werden wir sie hierbei mit voller Kraft unterstützen. Beide müssen wir jetzt beobachten, daß die Fortschrittliche Volkspartei vielfach zur Sozialdemokratie hinneigt und sie wie bei den Wahlen unterstützt. Darin liegt ein Verrat an der Gemeinschaft der bürgerlichen Parteien. Es zeigt sich hier wieder die alte Wahrschau des Bismarcks Wortes, daß die sozialistische Partei die Vorfrucht der Sozialdemokratie sei. Der Antrag der Nationalliberalen und Konservativen, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, hat zwar keine praktische Bedeutung, wir werden ihm aber zustimmen, weil wir in ihm einen Schritt auf dem Wege des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien erblicken. Wir begrüßen die Bereitwilligkeit des Zentrum auf dem Boden der väterländischen Interessen mit und zusammenzuarbeiten. Wenn der Ostmarkenverein vielleicht einmal etwas zu weit gegangen ist, so muß man berücksichtigen, daß er in väterländischem Interesse handelt, und daß er für die Verteidigung des Deutschlands kämpft.

Dem Ostmarkenverein sind Dokumente gestohlen worden. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) Sie — zu den Sozialdemokraten — haben kein Verständnis für die Anwendung so schändlicher Mittel. (Erregte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Dr. Borsig: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Ruf des Abg. Hoffmann. Lebhafte Beifall rechts. (Ruhe.) Herr Abg. Hoffmann, Sie haben neulich eine lange Rede gehalten, ich bitte Sie, nun auch die anderen reden zu lassen. (Abg. Hoffmann: Wir werden ja probozieren.)

Abg. Freiherr v. Bedlik: Mich hören die Zwischenrufe nicht. (Vizepräsident Dr. Borsig: Aber das Haus wird dadurch gestört. Ich bitte nochmals, Zwischenrufe zu unterlassen.)

Abg. Freiherr v. Bedlik (fortführend): Was das Wahlrecht betrifft, so wollen wir seine Mängel beseitigen. Es ist eine andere Zusammensetzung des Herrenhauses verlangt worden. Es führt dort aber auch Vertreter des Handels und der Industrie. Es ist ein Handwerker und neulich auch ein bürgerlicher Besitzer in das Herrenhaus berufen worden. (Dr. Hoffmann: Rechts!) Es ist gegen uns der Vorwurf erhoben worden, daß wir Preußen vom Reich trennen wollen.

Auf solche blödsinnige Gedanken kann man nur in der Fassungslosigkeit kommen.

(Heiterkeit.) Wenn wir für eine starke preußische Monarchie eintreten, so handeln wir damit im Interesse des Reichsgedankens. Die Kreisfamilien und Sozialdemokraten haben im Reichstag das Wahlrauendomum gegen den Reichskanzler zum Ausgangspunkt von schweren Angriffen gegen unser Heereswesen genommen. Gegen ein derartiges Vorgehen gibt es nur eins: Ein festes und starkes Preußen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mörsieck (konf.): Eingemeindungen von Landgemeinden dürfen nicht zum Schaden der Kreise erfolgen. Die Frage der Volksversicherungen verdient heute große Aufmerksamkeit, da ihnen eine nationale Bedeutung innewohnt. Gegen die öffentlich-rechtlichen Versicherungen ist der unbedeutende Vorwurf erhoben worden, daß sie der privaten Versicherung unerlaubte Konkurrenz machen. Beide Arten der Versicherung sollten sich nicht bekämpfen, sondern Hand in Hand arbeiten.

Was den Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so wollen wir vor allem die Arbeitsfreiheit schützen.

Die Polizeiorgane sollten verpflichtet werden, bei Streiks und Unruhen einzutreten. Abg. Fuhrmann ist für ein stärkeres Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft eingetreten. Wir haben denselben Wunsch. Wir sollten in höherem Maße als bisher bestrebt sein, und gegenseitig zu vertreten, dann werden wir uns auch politisch mehr nähern. Wir haben nie verlangt, daß Preußen ein Agrarstaat sein soll, aber wir haben nicht die Meinung, daß Preußen hauptsächlich ein Industriestaat werden wird. Die Auffassung, daß wir und hauptsächlich auf den Bund der Landwirte stützen, ist irrig;

eine große politische Partei darf ihre Stütze nicht in einer wirtschaftlichen Organisation finden. Die Nationalliberalen sollten nicht bestrebt sein, Unstufen zwischen großen und kleinen Besitzern zu schaffen. Herr Fuhrmann hat wie ein Schulmeister zu uns gesprochen, und bei den Wahlen hat er gesagt: Der Feind steht rechts. Und vor einem solchen Feind sollen wir uns nun verbünden! Ich nehme aber nicht an, daß Herr Fuhrmann die Freuden zwischen uns und hat abbrechen wollen. Das sollen auch meine Ausführungen nicht bedeuten, wir sind auch trotz allerdem zu einem Zusammenschluss bereit. Wir verlangen, daß das Volk die Freiheit seiner Befreiung zum Segen des Vaterlandes haben muß. Die sittlichen Kräfte unseres Volkes müssen erhalten werden. Wir treten auch für die Aufrechterhaltung der Religion ein. Wir gehen unserem Weg mit dem Auge, mit dem unsere Vorfahren vor 100 Jahren die Befreiung Preußens und Deutschlands erreicht haben, mit dem Auge „Mit Gott!“ (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (nall.): Wir sind der Meinung, wo ein gemeinsamer Weg ist, da soll auch ein Weg dahin gefunden werden. Solche parteipolitische Kämpfe sind mit einem reinigenden Gewitter zu vergleichen trock der Kanonen, die wir eben gehört haben. Eine solche Rede hätte eigentlich in den Rükus Bush gehörte. Die Rede des Abg. Fuhrmann ist von niemand als ein Auge noch rechts, von anderen Seiten als ein Auge noch links bezeichnet worden. Nach unserer Auffassung bedeutet sie einen Auge noch vorwärts im Interesse der einheitlichen Entwicklung unserer Partei. Wir stehen ein-

mäßig hinter dem, was Abg. Fuhrmann ausgeführt hat. Der Bund der Landwirte beläuft überall, wo er auftritt, meine Partei, obwohl wir immer die landwirtschaftlichen Interessen vertreten.

Wir wissen uns frei von jeder demokratischen Tendenz,

von jeder öden Gleichmacherei;

wir wollen, daß jeder an den Kulturgütern des Vaterlandes teilnehmen soll. Abg. Mörsieck meint, daß wir die Schärfe in den Wahlkampf getragen haben. Man sollte nicht andere beschuldigen, wenn man selbst der Sünde bloß ist. Was den Preußenbund betrifft, so möchte ich an ein Wort erinnern, daß der Großherzog von Baden am 18. Januar 1871 gesprochen hat, wo er den Reichstag über die Interessen der Einzelstaaten gestellt hat. Wir hoffen, daß der Preußenbund sobald als möglich verschwinden möge. Wenn die bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten wollen, so ist es erforderlich, daß jede Partei die Anstrengungen der anderen als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennt. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Stephan (konf. Litauer): Wo die Polen die Macht haben, sind sie unduldsam. Das zeigt sich besonders in Litauen, wo sich die Polen die unerhörtesten Übergriffe den Litauern gegenüber zuschulden kommen lassen. Wir Litauer sind Königstreue bis auf die Knochen, und wir bitten den Minister, uns nicht anders zu behandeln als die Polen. (Dr. Hoffmann: Rechts!)

Inzwischen ist ein Antrag Braun (Soz.) auf Aufhebung der Paragraphen 9, 10 und 41 des Preßgesetzes (Bestimmungen über Plakate) eingegangen.

Abg. Imbusch (Btr.): Die sozialpolitische Gesetzgebung muß weitergeführt werden. Wir wünschen auf diesem Gebiete keinen Stillstand. Die Gutachten der Kräfte werden oft nur im Interesse der Berufsgenossenschaften abgegeben. In die Versicherungsdämter muß ein gefunder Geist einzischen, dann werden die Arbeiter mit der sozialen Gesetzgebung zufrieden sein. (Dr. Hoffmann: Rechts!)

Hierauf wird die allgemeine Debatte geschlossen.

Die Abg. Dr. Bachmeier (Fortschr. Bpt.), Graf von der Groeben (konf.), Lippmann (Fortschr. Bpt.), Dr. Liebnecht (Soz.), Dr. Gugelot (Litauer) und von Trampewski (Bole) bedauern, daß ihnen durch den Schluss der Debatte die Gelegenheit genommen ist, auf die gegen sie erhobenen Angriffe zu antworten.

(Abg. Dr. Liebnecht (Soz.) wird zur Ordnung gerufen, als er in den Bemerkungen zur Geschäftsausordnung erklärte. Abg. Freiherr v. Bedlik sei als Verteidiger der bewaffneten Offiziersfeigheit gegen das wehrlose Volk aufgetreten.)

Die Abstimmung über die in der allgemeinen Besprechung behandelten Anträge wird zurückgestellt.

Es wird nunmehr über die aus der allgemeinen Besprechung ausgeschiedenen Anträge verhandelt.

Abg. Schneidring (Btr.) begründet seinen von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, wonach

die Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken, so weit sie nicht gemäß dem Gesetz vom 11. Juli 1891 den Landarmenverbänden obliegt, vom Staat zu übernehmen ist.

Minister des Innern v. Dahlwitz: Die Aufnahme und Einflussnahme von gemeingefährlichen Geisteskranken geschieht in der Regel auf Antrag der Ortspolizeibehörden. Die Aufnahme findet in der Regel in Provinzialanstalten statt. Durch die praktische Unterstützung würden zwar die Probleme, aber nicht die Steuerzahler entlastet werden. Leistungsschwachen Provinzialverbänden könnte durch Dotations geholfen werden. Ich halte es nicht für angezeigt, an den bestehenden Zuständen etwas zu ändern, bevor nicht von Reichs wegen die Sache definitiv geregelt ist.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vertagt. — Schluss 1/4 Uhr.

## Letzte Drahtberichte.

### Der Kaiser auf der Feuerwehrparade.

Wb. Berlin, 13. Febr. Heute vormittag wohnte der Kaiser im Lustgarten einer Vorführung der Berliner Feuerwehr bei. Die Kaiserin sah von einem Fenster der ersten Etage, desgleichen die Mitglieder des diplomatischen Korps der Vorführung zu. Der Kaiser schritt die Front der im Lustgarten aufgestellten Kompanie ab, den Mannschaften einen Guten Morgen wünschend. Es folgten die Schülern des zweiten und fünften Automobilzuges, zusammen 40 Automobile, die Übung am Dome, weitere Vorführungen und Besichtigungen. Der Kaiser ließ sich mehrfach eingehende Erklärungen geben. Nach Schluss der Übungen drückte der Kaiser gegenüber den Mannschaften seine hohe Zufriedenheit über das Geschehne aus. Es wurden eine Reihe von Orden ausgedeckt.

Ein längeres Gespräch des Kaisers mit dem Berliner Oberbürgermeister.

† Berlin, 13. Febr. Zu den Gästen, die zu der heutigen Feuerwehrparade vor dem Kaiser geladen waren, gehörte auch Oberbürgermeister Wermuth, der in Begleitung des Stadtverordnetenvorstechers Michel und des Stadtrates Hamburger kurz vor 11 Uhr im Magistratsautomobil im Lustgarten fuhr. Als die Parade beendet war, wandte sich der Kaiser zum Oberbürgermeister Wermuth und zog ihn in ein auffallend langes Gespräch, zu dem auch Stadtverordnetenvorsteher Michel zugezogen wurde. Im Verlaufe der Unterhaltung, die der Kaiser wiederholte mit sehr lebhaften Gesten begleitet, kam der Monarch auch auf den Bau des Opernhauses und des Hoffmannischen Planes zu sprechen. Der Kaiser sagte, daß er mit dem Plan Hoffmanns durchaus einverstanden sei und daß er sich um die anderen Projekte nicht kümmere. Er sei der Bauherr und er bezahle den Bau aus seiner eigenen Tasche; deshalb brauche er andere Leute nicht noch ihrer Ansicht zu fragen. Der Kaiser unterhielt sich dann über Neubauten der Stadt Berlin und schließlich über die geplante Jubiläumsstraße, sowie über Bauten der weiteren Umgebung des Lustgartens und der Universität. Dann sprach der Kaiser auch seine Freude über das gute Ergebnis der

Steuerdeklaration anlässlich des Wehrbeitrages aus und fügte scherzend hinzu, daß nunmehr die Städte mehr Geld haben würden; er selbst sei übrigens mit gutem Beispiel vorangegangen.

#### Das Reichstheatergesetz.

**S.** Berlin, 13. Febr. (Sig. Drahtbericht) Eine der reichsgefeierlichen Aufgaben, mit der sich der Bundesrat zu befassen hat, ist das Reichstheatergesetz, dessen eingehende Begründung nunmehr zum Abschluß gelangt ist. Der Entwurf, der in erster Linie die privatrechtlichen Verhältnisse der Bühnenangestellten mit Einschluß der Orchestermitglieder und des technischen Personals geleglich regeln will, durfte aber schwierisch noch in der laufenden Tagung dem Reichstag vorgelegt werden.

Das Vorgehen des Reiches gegen Schmutz in Wort und Bild.

**S.** Berlin, 13. Febr. (Sig. Drahtbericht) Über die gestern vom Bundesrat verabschiedete Vorlage zum Schutze der Jugend gegen Schundliteratur (Fergänzung des § 43 der Gewerbeordnung) erklärte der „Zofalangeiger“ noch folgendes: Auf Grund der Gewerbeordnung sind gegenwärtig vom Verkauf oder Zeilbieten im Umlauf gezeigten aufgeschlossen: Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, insfern sie in sittlicher Beziehung zum Ärgernis geeignet sind. Dieselben Gegenstände dürfen aber auch auf dem Wege des Handels oder der Postporto von Haus zu Haus nicht vertrieben werden. Der Gesetzentwurf begreift nun, die schon bestehenden Bestimmungen jäh gemäß zu erweitern, indem der steckende Handel gleichfalls angewiesen werden soll, solche Druckschriften und Abbildungen im Interesse unserer Jugend von der aufdringlichen Anprägung auszuschließen. Es soll der Anreiz, den die zur Schaustellung der ärgerniserregenden Gegenstände in Schaufenstern oder anderen öffentlichen Auslagen zu Reklamezwecken ausübt, ausgeschaltet werden. Was für den Straßenhandel und die Zeitungslösse schon jetzt gilt, soll auch für Badengeschäfte verpflichtend sein.

Ein nationalliberaler Vorschlag zur Unterstützung der Nationalausflugsverbände aus Reichsmitteln.

**S.** Berlin, 13. Febr. (Sig. Drahtbericht) Unter den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten wird der Gedanke erwogen, der Nationalausflugsverbände, die bekanntlich wegen Mangel an flüssigen Mitteln die Zahlungen von Flugpreisen vorläufig eingestellt hat, durch einen Zufluß aus Reichsmitteln aufzuhelfen. Vorschläge über die Form des Vorgehens sollen erst eingeleitet werden.

#### Der Kugel des General-Pardons.

**B**ückeburg, 13. Febr. Der Kugel des General-Pardons erhält sehr aus einer Bekanntmachung des Landrats des Kreises Ibbenbüren, wonach in diesem Jahre annähernd das doppelte Kapital zur Verbesserung beschafft worden ist, wie im Vorjahr. So dürfen sich noch weitere Vermögensrest, Steuerhinterziehungen herausschaffen.

#### Die Kölner Bischofskonferenz.

**A** Köln, 13. Febr. (Sig. Drahtbericht) Heute ist hier eine Konferenz der Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz im erzbischöflichen Palais zusammengetreten. Die Konferenz wird sich mit dem Streit um die katholischen Gewer-

schaften befassen. Insbesondere mit der neuerrichteten Bebauung, der bekannte Brief des Kardinals Röhr an den Grafen Oppersdorff sei im Auftrag und mit Billigung des Papstes geschrieben worden.

Der Dresdener Ortskrankenkassenvorsitzende Fräsdorf nicht wiedergewählt.

**F**Dresden, 13. Febr. Der bisherige Vorsitzende der Dresdener Ortskrankenkasse Landtagsabgeordneter Fräsdorf, der bei den letzten Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen in Berlin bekanntlich eine führende Rolle gespielt hat, ist bei der heute vorgenommenen Neuwahl nicht wiedergewählt worden. Am 24. Februar wird eine zweite Abstimmung stattfinden, die voraussichtlich ergebnislos verlaufen wird, so daß der Vorsitzende vom Sicherungsamt gewählt werden muß.

#### Ordenauszeichnung für den Prinzen zu Wied.

**W**ien, 13. Febr. Der Kaiser verlieh dem Prinzen zu Wied das Großkreuz des Röpolddordens. — Heute nachmittag fand bei dem Minister des Innern zu Ehren des Prinzen zu Wied ein Frühstück statt.

#### Sar Aris in Schweden.

**S**t. Stockholm, 13. Febr. Die liberalen Mitglieder des schwedischen Reichstages hielten gestern eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, ein großes Manifest an die Ration zu erlassen, indem die Ursachen und Folgen der gegenwärtigen Krisis ausführlich behandelt werden sollen. Das Manifest ist von sämtlichen Mitgliedern der radikalen Partei mit Ausnahme des Barons de Geer unterzeichnet und wird wahrscheinlich schon morgen veröffentlicht werden. Es stellt fest, daß es die Pflicht der liberalen Partei sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die Bildung eines liberalen Ministeriums zu verhindern.

#### Deutschland und Russland.

**P**etersburg, 13. Febr. Das baltische Domänen des Ministers Sasonow über seine Erwartungen in der Budgetsonderkasse gegen Deutschland ist nicht ganz freiwillig erfolgt. Vermehrte hat der deutsche Botschafter deshalb erste Vorstellungen bei der russischen Regierung erobert. — Die Gouverneure der westlichen Grenzgebiete wurden angewiesen, die russische Grenze für gewisse Importwaren aus Deutschland und Österreich zu sperren in dem Falle, wenn in diesen Ländern unter dem Bieb Seuchen austreten sollen. Die Maßnahme gilt als Antwort auf die Sperrmaßnahmen Deutschlands und Österreichs. Die Regierung ist der Ansicht, daß nicht immer die Begründung der deutschen und österreichischen Seuchensperre mit Viehseuchen in Russland der Wirklichkeit entspricht.

#### Selbstmord eines Millionärs aus unglücklicher Liebe.

**M**ailand, 13. Febr. In einem Hotel zu Mailand erschoss sich der Mailänder Goldmann Vancovilla wegen unglücklicher Liebe. Vancovilla war ein junger Neurotiker. Er hat dem Mailänder Krankenhaus testamentarisch 3 Mill. Lire und verschiedene Personen Habestanten von zusammen 60 000 Lire hinterlassen.

**wb.** London, 13. Febr. Der Landgraf von Hessen besuchte heute das Königspaar im Buckingham-Palast und nahm das Frühstück mit den Majestäten ein.

**157<sup>1/2</sup>**, Lombarden 22<sup>1/2</sup>, Baltimore u. Ohio 96,—, Paketfahrt 144<sup>1/2</sup> a 1/4, Nord. Lloyd 126<sup>1/2</sup> a 1/4, Schantung 138,—, Harpener 189<sup>1/2</sup> a 190<sup>1/2</sup> a 190,—, Phönix 244<sup>1/2</sup> a 244,— a 244<sup>1/2</sup>, Edison 247,— a 247<sup>1/2</sup>.

#### Berliner Nachbörsen.

**S** Berlin, 14. Februar. (Per Ultimo.)

Kredit-Genoss.	208—	Kanada . . . . .	219—	Rhein, Stahlw. . . . .	165—
Hand.-Genoss.	163 <sup>1/2</sup>	Orientbank . . . . .	180 <sup>1/2</sup>	Rombacher . . . . .	162 <sup>1/2</sup>
Commerzbank . . . . .	111 <sup>1/2</sup>	Meridional . . . . .	107 <sup>1/2</sup>	Paketfahrt . . . . .	143 <sup>1/2</sup>
Darmstadt. Bank . . . . .	123 <sup>1/2</sup>	Pennsylvania . . . . .	178 <sup>1/2</sup>	Hans.-Südäm. . . . .	297 <sup>1/2</sup>
Deutsche Bank . . . . .	259 <sup>1/2</sup>	Henri . . . . .	162 <sup>1/2</sup>	Hans.-Dansk. . . . .	126 <sup>1/2</sup>
Disk.-Kommand. . . . .	195 <sup>1/2</sup>	48-Russen (1902) . . . . .	91 <sup>1/2</sup>	Lloyd . . . . .	126 <sup>1/2</sup>
Dresdner Bank . . . . .	157 <sup>1/2</sup>	Türklose . . . . .	168 <sup>1/2</sup>	Dynamit-Trust. . . . .	150
Nationalbanken . . . . .	118 <sup>1/2</sup>	Asmetz-Friede . . . . .	168 <sup>1/2</sup>	Naphtha-Nobel . . . . .	406—
Schaffhausern . . . . .	104 <sup>1/2</sup>	Bochumer . . . . .	227	Alg. Elektrizität . . . . .	247 <sup>1/2</sup>
Pet.-Int. Midsluk . . . . .	208 <sup>1/2</sup>	Luxemburger . . . . .	144 <sup>1/2</sup>	D.-Übersee-Elt. . . . .	180—
Lüb.-Büchner . . . . .	—	Gelsenkirchen . . . . .	195 <sup>1/2</sup>	Siemens . . . . .	220 <sup>1/2</sup>
Schantungsbahn . . . . .	137 <sup>1/2</sup>	Harpener . . . . .	190—	Schuckert . . . . .	152 <sup>1/2</sup>
Lombarden . . . . .	22 <sup>1/2</sup>	Hohenloewerk . . . . .	129 <sup>1/2</sup>	Ges. f. Elekt. . . . .	152 <sup>1/2</sup>
Anziolier . . . . .	—	Laurahütte . . . . .	164 <sup>1/2</sup>	Untera. . . . .	170 <sup>1/2</sup>
Baltimore . . . . .	98 <sup>1/2</sup>	Phönix . . . . .	243 <sup>1/2</sup>	South-Westaf. . . . .	121 <sup>1/2</sup>

#### Banken und Geldmarkt.

**D**ie Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M. erzielte in 1913 einschließlich des Vortrages, der um 98 000 M. niedriger war als im Vorjahr, einen Überschuß von 2 730 636 M. (d. i. 2 752 865 M.). Die Gewinne auf Konsortial- und Effektenkonto sind bedeutend geringer als im Vorjahr, der Aussall wurde aber durch bessere Provisions- und Zinsengewinne reichlich ausgeglichen. Die Aktienkäte erhielten 6 Proz. Dividende wie seit 16 Jahren. Für den Wehrbeitrag werden 50 000 M. reserviert, für Talsoneuer wieder 30 000 M. zurückgestellt. Der Vortrag erhöht sich um 47 000 M. auf 460 000 M.

#### Industrie und Handel.

**U**mwandlung der Berndorfer Artur Krupp-Werke. Zwischen Artur Krupp, dem alleinigen Inhaber der Berndorfer Metallwarenfabrik in Berndorf (Österreich), und der österreichischen Creditanstalt wurde ein Übereinkommen getroffen, welches die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft mit voll eingezahltem Aktienkapital von 30 Mill. Kronen bewirkt. Das Aktienkapital wird je zur Hälfte aus Stamm und Vorzugsaktien bestehen. Die Familie Krupp in Essen wird ihr bisheriges Interesse an der Unternehmung weiterhin betätigen und im Verwaltungsrat vertreten sein. Der österreichischen Creditanstalt nahestehende deutsche Institute werden voraussichtlich sich an der Transaktion beteiligen. — Artur Krupp war ein Vetter des 1902 verstorbenen Friedrich Alfred Krupp, des letzten männlichen Nachkommen der Essener Linie des Hauses Krupp.

**D**er Friede zwischen Tuchkonvention und Interessengemeinschaft der Tuchabnehmerverbände ist durch die vorgestrigen Verhandlungen endgültig geschlossen worden. Außerdem wurde ein Kartellvertrag zwischen der Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft der Tuchabnehmer vereinbart.

#### Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B ist unter Nr. 280 die „Pharmazeutische Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht“, mit dem Sitz in Wiesbaden, eingetragen worden. Das Stammkapital beträgt 30 000 M. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. Januar 1914 festgestellt und am 6. Februar 1914 geändert worden. Die Gesellschaft betreibt die Herstellung und den Vertrieb chemischer pharmazeutischer Präparate und Apparate, insbesondere der „Rinsaline“. Das unter diesem Namen vertriebene Präparat, das disbezügliche Rezept, Verpackung, Namenszug und sonstige Aufmachung, sowie die sämtlichen in- und ausländischen Schutzrechte, welche das Präparat be-

treffen, sind von dem Gesellschafter Dr. Jo Mayer zum festgesetzten Werte von 10 000 M. unter Verrechnung auf dessen Stammeinlage in die Gesellschaft eingebracht worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaften erfolgen ausschließlich im „Deutschen Reichsanzeiger“. Jeder Geschäftsführer ist zur selbständigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Zu Geschäftsführern sind Kaufmann Albert Frank und Apothekerbesitzer Dr. Jo Mayer, beide zu Wiesbaden, bestellt.

#### Schiffs-Nachrichten.

Ablauf der Dampfer aus den europäischen Häfen

vom 15. Februar bis 28. Februar.

Dampfer: Abfahrt von: Bestimm.-Ort: Gesellschaft:

Slavonia . . . . . Hamburg . . . . . 15. Febr. Westk. Afr. Woermann L.

Andania . . . . . Liverpool . . . . . 17. . . . . Cunard L.

Paul Woermann . . . . . Hamburg . . . . . 17. . . . . Woermann L.

Kio Grande . . . . . Hamburg . . . . . 17. . . . . N.-Brasilian. H.-Städ.-D.-L.

Hillicher . . . . . Hamburg . . . . . 17. . . . . Hillicher . . . . .

Grotius . . . . . Amsterdam . . . . . 17. . . . . Batavia . . . . .

Steigerwald . . . . . Hamburg . . . . . 17. . . . . Baltim. . . . .

Glossen . . . . . Bremen . . . . . 18. . . . . Mexiko . . . . .

Valesian . . . . . Bremen . . . . . 18. . . . . Argentinien . . . . .

Slavonia . . . . . Hamburg . . . . . 18. . . . . M.-Brasilien . . . . .

Olympic . . . . . Southampton . . . . . 18. . . . . Westk. Afr. . . . .

Prinzess Alice . . . . . Bremen . . . . . 18. . . . . New York . . . . .

Calabria . . . . . Hamburg . . . . . 18. . . . . Ostasiens . . . . .

Sistermark . . . . . Hamburg . . . . . 18. . . . . Cuba . . . . .

Brandenburg . . . . . Bremen . . . . . 18. . . . . Philadelphia . . . . .

Orionda . . . . . Liverpool . . . . . 18. . . . . Südamerika . . . . .

Graf Waldersee . . . . . Hamburg . . . . . 18. . . . . New York . . . . .

Schwarzwald . . . . . Hamburg . . . . . 18. . . . . Westindien . . . . .

Oyon . . . . . Southampton . . . . . 20. . . . . Brasilien . . . . .

Malwa . . . . . London . . . . . 20. . . . . Columbus . . . . .

Uckermark . . . . . Hamburg . . . . . 20. . . . . P. u. O. L. . . . .

Dortmund . . . . . Hamburg . . . . . 22. . . . . Philadelphia . . . . .

Cymric . . . . . Hamburg . . . . . 22. . . . . Hamb.-Am.-L. . . . .

Hann. Wörmann . . . . . Liverpool . . . . . 22. . . . . Hamb.-Am.-L. . . . .

Elisabeth Brock . . . . . Hamburg . . . . . 24. . . . . Boston . . . . .

Cap Blanco . . . . . Hamburg . . . . . 24. . . . . Westk. Afr. . . . .

Kaiser Wilhelm II . . . . . Hamburg . . . . . 24. . . . . Le Plaza . . . . .

St. Paul . . . . . Southampton . . . . . 25. . . . . New York . . . . .

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgaß 21

„Zugblatt-Symposium“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

**Bezugs-Preis für beide Ausgaben:** 70 Pf. monatlich, 21.- vierjährlich durch den Verlag  
Bergmanns, Berlin, W.-L., oder Druckereien, W.-L., vierteljährlich durch alte und neuen Buchhandlungen auslieferbar.  
**Bestellungen.** — Bezug- und Bestellungen nehmen anderstwo einzuwirken; in Wieden sind die Zweigstellen der  
Verbindung W.-L. sowie bei Ausgabebüchern in allen Teilen der Stadt; in Oberschlesien die dortigen Aus-  
gabestellen der Zweigstellen Berlins und im Preussischen Landkreis Toden-

wöchentlich



**12 Ausgaben.**

### Gernau:

„Tagblatt-Gaus“ Nr. 6650-53.

Ein 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Abend-Ausgabe.

Nr. 76. - 62. Jahraang.

Samstag, 14. Februar 1914.

## Der Wettbewerb auf dem südamerikanischen Markt.

von Dr. Paul Mahrbach

Ber als Deutscher die wichtigeren Wirtschaftsländer Südamerikas besucht und sich über die dortigen Handelsverhältnisse zu unterrichten bemüht ist, wird zunächst den Eindruck haben, als ob Deutschland eine hervorragende Stellung einnimmt, namentlich in Chile, Bolivien, Peru, aber auch in Argentinien und den übrigen Ländern spanischer Zunge. Dieser Eindruck röhrt daher, daß an vielen Plätzen die deutsche Kolonie besonders zahlreich ist, deutsche Kaufleute sich nicht nur in den großen Hafenstädten, sondern auch überall im Innern des Landes niedergelassen haben und deutsche Geschäftstreisende mit Eifer und Erfolg selbst die kleinsten Städte aufsuchen. Hierbei sehen wir zunächst von den umfassenden deutschen Siedlungen im Süden von Brasilien und in Süd-Chile ab. Diese Deutschen gehören in politischer Beziehung nicht mehr zum Mutterlande, sondern sind Angehörige ihrer neuen Heimat geworden. Geistig und wirtschaftlich bestehen gewisse Zusammenhänge mit Deutschland, aber namentlich in letzterer Hinsicht sind sie geringer, als man denken sollte. Politisch spielen die brasilianischen und chilenischen Deutschen fast gar keine Rolle. Sie bilden einen sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor innerhalb der Länder, wo sie sich niedergelassen haben, aber meistens sind es kleine Leute ohne höhere Interessen, und sie werden von den Südamerikanern, unter denen sie leben, gleichzeitig als Kulturmateriel ausgebaut und mit unfreundlichem Misstrauen über die Achsel angesehen.

Wer in Valparaíso oder Santiago, den beiden größten Städten Chiles, durch die Hauptgeschäftsstraße geht, der sieht überwiegend deutsche und englische Namen auf den Firmenschildern. In Valparaíso, dem wichtigsten Hafen an der ganzen Westküste von Südamerika, gehören die spanisch laufenden Geschäftsnamen förmlich zu den Ausnahmen. An beiden Plätzen ist die deutsche Kolonie je etwa 5000 Köpfe stark, stärker als irgend eine andere ausländische, mit Ausnahme der europäischen Spanier, die aber meistens untergeordnete Stellungen bis herab zum gewöhnlichen Handarbeiter einnehmen. Daselbe Bild, nur in kleinerem Maßstabe, wiederholt sich in La Paz, in Lima und an anderen nördlichen Plätzen. Buenos-Aires als Weltstadt hat im Geschäftsleben einen ganz internationalen Charakter, aber die deutsche Kaufmannschaft ist auch dort zahlreich und höchst angelehnt.

Wenbet man sich der Handelsstatistik zu, so ist das Bild schon ziemlich anders. In Chile geht die Hälfte der Ausfuhr nach England und zwei Fünftel der Einfuhr kommen von dort; Deutschland ist mit einem Viertel und einem Fünftel beteiligt. In Peru war das Verhältnis, soweit die letzten veröffentlichten Statistiken reichen, für Deutschland noch ungünstiger; in letzter Zeit wird es von den anlässigen deutschen Kaufleuten günstiger beurteilt. In Argentinien rangiert Deutschland in der Einfuhr mit einem Siebentel, England stark mit einem Drittel; das Verhältnis der Ausfuhrziffern ist schwer feststellbar. Überall hat man das Bild, daß die außerlich hervortretende zahlennäßige Stellung des Deutschtums dem Anteil des deutschen Handels nicht recht entspricht. Auch in Brasilien steht Deutschland handelspolitisch hinter England und Amerika zurück; aber dort macht sich das deutsche Element, von bestimmten Plänen abgesehen, auch außerlich weniger geltend. In allen südamerikanischen Staaten ist der wirtschaftliche Einfluß Amerikas im Vordringen; der Englands ist von altersher bedeutend und gefestigt. Frankreich steht hinter Deutschland, aber erstens ist es immerhin merkwürdig, wie verhältnismäßig bedeutend sein Handel, namentlich sein Einfuhrhandel nach Südamerika ist, und zweitens ist seine Stellung im geistigen und allgemeinen kulturellen Leben der südamerikanischen Völker von unvergleichlicher Bedeutung.

licher Bedeutung. Der innere Unterschied zunächst zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten als Weltbewerber innerhalb der südamerikanischen Welt ist der, daß England und die Union nicht nur mit ihrem Handel, sondern vor allen Dingen mit bedeutenden Kapitalanlagen in dem Erdteil festigen, Deutschland aber hauptsächlich auf den gewöhnlichen Handel, Export und Import, angewiesen ist. Fast das ganze argentinische Eisenbahnsystem ist mit englischem Gelde gebaut. Es wird von London aus verwaltet; alle Verföhlkeiten in leitender und viele in mittlerer gut bezahlter Stellung sind Engländer. In Peru spielt das amerikanische Kapital neben dem englischen nicht nur im Eisenbahnwesen, sondern auch in den Bergwerken die herrschende Rolle. Dadurch kommt es, daß nicht nur der allgemeine Einfluß Englands und Amerikas bedeutend ist, sondern auch, daß die Lieferun-

gen großen Stils, Eisenbahnmaterial, Maschinen aller Art für Bergwerks- und landwirtschaftliche Betriebe fast ausschließlich nach Amerika oder allenfalls England gehen. Die Amerikaner und Engländer sind im südamerikanischen Geschäft sicherer als wir, und sie sind außerdem in der Lage, durch ihre im Lande investierte Kapitalsmacht stets einen gewissen Druck auf die Regierung und die einheimische Handelswelt auszuüben. Die deutschen Kaufleute exportieren Landesprodukte und führen Industriewaren aller Art ein, aber sie können aus dem Geschäft hinausgedrängt werden, sobald ein anderer kommt, der höhere Preise bieten oder billigere Preise berechnen kann. Darauf gehen jetzt die Amerikaner aus, denn die nordamerikanischen Trusts sind in der Lage, dem ausländischen Konkurrenz in den Vereinigten Staaten hohe Preise zu dictieren und dafür ihre Fabrikate billig ins Land zu verschleudern. In Südamerika bekommt man überall Proben dieses Systems zu sehen, für dessen Wirkung die großen amerikanischen Kapitalien im Lande die Handbahn bieten.

Von de die Handbüche dienen.  
Es ist ja eine bekannte Tatsache, deren Gründe hier nicht weiter erörtert werden sollen, daß in Deutschland wenig Kapital zur Anlage im Ausland gefunden werden kann. In Bolivien gab es während der letzten Jahre eine deutsche Militärmission, die Vortreffliches geleistet hat. Daraufhin wollte die bolivianische Regierung in Deutschland eine, übrigens nicht bedeutende, Anleihe aufnehmen, um ihr Eisenbahnnetz an das argentinische anzuschließen. Die Bemühungen waren vergeblich, Bolivien mußte sich nach París wenden. Dort bekam es das gewünschte Kapital, aber selbstverständlich mit der Auflage, die deutsche Militärmission baldmöglichst abzubauen. In diesem Jahre sind nur noch zwei deutsche Offiziere in La Paz; im nächsten wird wahrscheinlich niemand mehr dort sein.

Frankreich ist für die romanischen Völker Südamerikas in allen Kulturdingen das Ideal und das maßgebende Vorbild für den Geschmack. Wer die französischen Handelsziffern der letzten anderthalb Jahrzehnte untersucht, wird sich einigermaßen darüber wundern, daß Frankreich trotz seiner stillstehenden Bevölkerung und trotz der verhältnismäßig geringen Initiative, welche die private französische Gewäftswelt nach auswärts entfaltet, doch eine so große Binnahme seines Handels zu verzeichnen hat. Es kommt mit Deutschland und England nicht Schritt halten, aber es kommt doch stark voran. Der Grund ist der, daß die Franzosen seit altersher in der überseischen Welt vor allen Dingen bei den ihnen stanzerwandten Völkern, als das Vorbild aller höheren Kultur gelten, und mit dem Wachstum des Wohlstandes bei den Bewundernden und Kaufenden Kunden Frankreichs steigt auch die Nachfrage nach den besonderen französischen Erzeugnissen. Frankreich exportiert viele Luxuswaren wie Seidenstoffe, Kleidung, Wäsche, Möbel, sogenannte Pariser Artikel, Kunstsgegenstände und dergleichen. Je mehr die Wohlhabenheit der überseischen Länder sich vermehrt, desto sicherer vermehrt sich auch, vermöge der dort herrschenden Bewunderung für die französischen Kultur, der Export Frankreichs. Daher röhrt auch die verhältnismäßig bedeutende Stellung, die der französische Handel in Südamerika eintimmt.

Es mag nicht sehr erfreulich sein, sich die schwachen Seiten der eigenen Stellung und die Stärke der Konkurrenten auf diesem oder jenem Stück des Weltmarktes vorhalten zu lassen, aber es ist nützlich, wenn man sich über solche Dinge klar wird. Die Befriedigung über die äußerlich und zahlenmäßig scheinbar bedeutende Stellung Deutschlands in Südamerika darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei den Engländern und Amerikanern, und wie wir eben haben, teilweise sogar bei den Franzosen, in dieser Grundsache für den Einfluß im wirtschaftspolitischen Leben Südamerikas vorhanden sind als bei uns.

## politische Übersicht. Das neue Opernhaus.

## Das neue Opernhaus in Berlin

Osterlin, 13. Februar  
ausgesto. (wie oben)

Der Kaiser unterhielt sich heute (wie wir in der Morgenausgabe schon meldeten, Schriftl.) während der Feuerwehrparade mit dem Oberbürgermeister Bermuth und dem Stadtverordnetenvorsteher Michelet über den Hoffmannschen Opernhausplan, den er mit dem Bemerkten lobte, daß er sich um andere Entwürfe nicht kümmere. Er sei der Bauherr, er bezahle den Bau aus seiner Tasche, und deshalb brauche er andere Leute nicht nach ihren Ansichten zu fragen. So wenigstens berichtet das „Tageblatt“. Ob sich der Kaiser aber auf wirtschaftlich so geäußert hat? Es ist bislanglich bekannt, daß der Staat den größten Teil der Kosten aufzubringen hat; sonst würde sich ja der Landtag nicht mit der Opernhausfrage beschäftigen müssen. Sicher

aber ist, daß dem Kaiser die Pläne des Berliner Stadtbaurats gut gefallen, und dessen kann man sich nur freuen. Hoffmann ist von einem Teil der Berliner Architektenchaft in sehr unschöner Weise angegriffen worden. Tägliche Ausstellungen sind selbstverständlich berechtigt, und Stadtbaurat Hoffmann selber weiß genau, was seinen Plänen noch an Ausreifung und Durchbildung fehlt. Er wird gewiß noch viel ändern, aber ein anderer würde das nicht besser machen, und es wäre das Schlimmste, was geschehen könnte, wenn nach den Vorschlägen der Freunde und Feinde Hoffmanns wohl gar ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben würde. Wie freundlich der Kaiser zu den Plänen steht, konnte man bereits merken, als vor einigen Tagen in der Budgetmission des Abgeordnetenhauses der Minister der öffentlichen Bauten klagt, gewandt und verbindlich um die Zustimmung zu dem Entwurf warb. Nachdem das Ministerium früher die Sache sozusagen im eigenen Betriebe hatte machen wollen (an den betreffenden Grubeschken Entwurf denkt man noch mit Besremmung zurück), war die veränderte Stellungnahme eine Überraschung, aber, wie man hinzufügen darf, eine angenehme.

## Der Gesundheitszustand der französischen Truppen.

## Die Verhandlung in der Kammer.

wb. Paris, 13. Febr. Die Kammer verhandelte über die Interpellationen, betreffend den Gesundheitszustand der Truppen im Osten. Dr. Lachaud suchte an Hand des statistischen Materials nachzuweisen, daß nach Einführung des neuen Militärgesetzes *scars* bei der Armee Epidemien vorgekommen seien, namentlich bei den Soldaten des ersten Jahrgangs. Lachaud erinnerte daran, daß im Januar die *Maser* in 78 Garnisonen herrschten, besonders in Spinal, Ranch und Stoe, und *Schallachfieber* in 89 Garnisonen. An den Maseren seien 31, am Schallachfieber 34, an der Genußstarrre 20 und an anderen Krankheiten auch eine Anzahl Soldaten gestorben; übrigens sei der Winter außergewöhnlich kalt gewesen. Als Lachaud fortfuhr, unterbrach ihn der Sozialist Rouane durch Zwischenrufe, indem er dem früheren Kriegsminister Etienne vorwarf, er sei für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich. Heftig erwidern nahm Etienne die Verantwortlichkeit voll auf sich. Lachaud erklärte weiter, die meisten Kranken seien zu stark belegt. Rouane und noch ihm Thomas waren dem Kriegsminister Etienne vor, er habe den Abänderungsantrag zu den Militärgesetzen, durch welchen auf einmal 45 000 Mann mehr eingestellt worden seien, angenommen. Er hätte erklären müssen, daß es unmöglich sei, sie alle unterzubringen. Die äußerste Linke beteiligte sich lebhaft an den Zwischenrufen gegen Etienne, so daß der Präsident energisch einschreiten mußte. Lachaud verlangte verschiedene Verbesserungen hinsichtlich des Schuhzeugs, der Bekleidung und der Versorgung der Soldaten, und forderte eine größere Zahl von Militärärzten. Am Schluß verlangte er, die Regierung sollte einen Geschenktwurf, betreffend die Ausbeutung der alten Kasernen, einbringen. — Cocherz, der Vorsitzende der Budgetkommission, verwarf sich gegen den Vorwurf Lachauds, die Kommission habe einen Teil der notwendigen Kredite verweigert. — Doumergue erklärte, die Regierung habe nicht gezögert, die Maßregeln für die Gesundheit der Soldaten zu ergreifen, die die Lage erforderte. Seit Monaten beschäftige sich die Regierung damit, der zu starken Besiegung der Kasernen vorzubeugen und die Gebäude gesundet zu gestalten, sowie besondere Kohlenvorräte zu verteilen und für Bekleidung und Schuhzeug der Mannschaften zu sorgen. Überall, wo Fehler gemacht worden seien, habe die Regierung bereits Gegenmaßregeln ergriffen, die sie fortsetzen werde. Die Regierung werde sich jedoch nicht auf Monover einzulassen, die darin bestanden, sich der Soldaten zu politischen Zwecken zu bedienen und die Abstimmung über das Budget hinauszuschieben. Doumergue verlangte, die Kammer solle am Montag in der Abstimmung über das Budget fortfahren und der Regierung ihr Vertrauen aussprechen. — Ein Antrag Reinach, am Montag die Beratung der Interpellation über den Gesundheitszustand der Soldaten fortzusetzen, wurde mit 353 gegen 189 Stimmen nach lebhafte Diskussion abgelehnt. Sie wird am nächsten Freitag fortgesetzt werden. Die Sitzung wurde aufgehoben. Montagnachmittag: Beratung des Marineetats.

#### Das Echo in der Presse.

Das Jahr in der Armee.  
wb. Paris, 14. Febr. Die konservativen Blätter erklären, der Verlauf der gestrigen Debatte über den Gesundheitszustand der Armee habe deutlich gezeigt, daß diese Frage lediglich ein Vorwand zu einem neuen Ansturm gegen das Dreijahrgesetz bilden sollte. — Die sozialistische Presse macht übrigens kein Hehl daraus, daß sie ausschließlich das Dreijahrgesetz für den schlechten Gesundheitszustand in der Armee verantwortlich mache. — Die "France Militaire", das offizielle Blatt des Kriegsministeriums, gibt heute zum erstenmal zu, daß die Situation tatsächlich außerordentlich viel zu wünschen übrig lasse. Man erklärt, daß eine Anzahl durchgreifender Maßnahmen bevorstehe. (Vergl. „Lebte Drabé-Bericht“.)



geschen hat, auf lebenslängliche Buchhausstrafe erkannt werden. § 3 wurde mit einer einzigen Abänderung nach der Regierungsvorlage angenommen und lautet: "Wer ohne den Vorwurf, die Sicherheit des Reiches zu gefährden, vorsätzlich und rechtmäßig ein militärisches Geheimnis an einen anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis oder mit Haftungsdienst bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Gemeinsame Initiativanträge der bürgerlichen Parteien im Reichstag. Im Reichstag ist von sämtlichen bürgerlichen Parteien ein Initiativantrag eingereicht worden, durch den eine gezielte Regelung des Verkehrs mit Mitteln zur Verhütung der Gewalt gefordert wird.

Die bayerische Erbschaftsteuervorlage. In der geistigen Sitzung des Finanzausschusses legte die bayerische Staatsregierung einen Gesetzentwurf vor, nach dem zu der Erbschaftsteuer, die nach den Vorschriften des Reichserbschaftsteuergesetzes veranlaßt wird, ein Zusatz von 15 Prozent für die Staatsschaffe erhoben werden soll. Es wird auf die gleiche Maßnahme in Baden hingewiesen. Die Vorlage, die mit einer Einnahme von etwa 1,7 Millionen rechnet, wird begründet mit der erheblichen Steigerung des Staatshaushaltes, der Verminderung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftsteuer von einem Viertel auf ein Drittel und dem ganz empfindlichen Rückgang einzelner Staatsgefälle. Staatsminister von Breunig stellte ein ausführliches Exposé für später in Aussicht und gab einen summarischen Überblick über die Finanzlage des Staates.

## Ausland.

### England.

Der Flottenetat 1914/15. London, 14. Febr. Über die wirkliche Höhe der Marineforderungen für 1914/15 ist man noch nicht genau unterrichtet, da in den letzten Wochen berichtet wurde, soviel wie irgend möglich zu erreichen. Das liberale Blatt „Daily Chronicle“ teilt mit, daß die Vorlage etwas mehr als 5 Millionen Pfund Sterling verlangen werde, also über den Nachtragsslredit von 1913/14, der drei Millionen Pfund beträgt, hinausgehen wird.

Ein neuer Finanzsekretär. London, 12. Febr. Der Unterstaatssekretär für Indien Montagu ist an Stelle Rostermans zum Finanzsekretär im Schamal ernannt worden.

### Italien.

Betrügerien in der Kriegsverwaltung. Mailand, 14. Febr. Der „Secolo“ meldet, daß gegen eine bedeutende Firma in der Lombardei eine Anzeige bei den hiesigen Behörden erstattet worden sei, weil die Firma Millionenbetrügerien zum Nachteil der Kriegsverwaltung verübt habe.

### Rußland.

Der Wechsel im Petersburger Ministerium. Petersburg, 13. Febr. In Dumaisken wird die Richtigkeit der Berichte vom Rücktritt Tsjasowows und Sudomilows bestätigt, jedoch der Rücktritt Rassos bestreitet.

Der neue französische Botschafter. Petersburg, 13. Febr. Der neue französische Botschafter in Petersburg Paléologue ist heute morgen hier eingetroffen.

Eine Forderung des Balkans. Petersburg, 14. Febr. Der Botschafter der russischen Regierung ist Telegramm übermittelt, in dem er verlangt, daß die Amtstellung und Entlassung der katholischen Geistlichen nur vor Rom aus zu geschehen habe. Sobald die russische Regierung diese Forderung erfülle, würden die Geistlichen in Russland die Autonomie erhalten.

### Schweden.

Die Kabinettsskrise noch ungelöst. Stockholm, 13. Febr. Das „Svenska Telegrambyran“ ist ernächtigt, folgendes mitzuteilen: Der Gouverneur Freiherr de Geer erklärte dem König, er habe, nachdem er die Lage geprägt habe, gefunden, daß die Voraussetzungen, die er für die Bildung eines neuen liberalen Ministeriums für notwendig erachtet, nicht vorhanden seien. Der König ließ unmittelbar darauf den Gouverneur Hammarkjöld rufen und bat ihn an, das neue Ministerium zu bilden. Hammarkjöld riet mit Rücksicht auf die Lage, die durch die Belegerung der Linien des Reichstags, an der Bildung des Ministeriums mitzuwirken, entstanden sei, dem König, sich an die Rechte des Reichstags wegen der Bildung des Ministeriums zu wenden. Der König ersuchte jedoch den Gouverneur Hammarkjöld, die Frage neu zu erörtern.

### Balkanstaaten.

Die Note der Großmächte. A. d'A. Athen, 13. Febr. Die Gesandten der Großmächte überreichten heute der griechischen Regierung die Kollektivnote, betreffend die griechischen Inseln und die Grenzen Süditaliens. In der Note heißt es, die sechs Großmächte beschlossen, Griechenland die von ihm besetzten Inseln mit Ausnahme von Tenedos, Imbros und Castellorico zu überlassen. Von der griechischen Regierung werden genügend Garantien für die Nichtverwendung der Inseln zu Flotten- und militärischen Zwecken sowie für die muslimischen Minoritäten verlangt. Die Aufzuführung der Inseln an Griechenland wird erst dann endgültig sein, wenn die griechischen Truppen das Abawani zugewiesene Gebiet geräumt haben werden. Die griechische Regierung wird aufgefordert, weder direkt noch indirekt den Widerstand der Griechen zu ermutigen. Die Auseinandersetzung wird in Korfu beginnen und bis zum 31. März beendet sein müssen. Die Mächte hoffen das Vertrauen, daß ihre Beschlüsse von der griechischen Regierung respektiert werden.

### Allen.

Ein Erfolg der Standard Oil Company. New York, 13. Febr. Offiziell wird bestätigt, daß zwischen der Standard Oil Company und der chinesischen Regierung ein Vertrag von weitreichender Bedeutung zum Abschluß gekommen ist. Die Gesellschaft verzweigt die Mittelung weiterer Einzelheiten. Wie verlautet, tragen die Konzessionen einen monopolartigen Charakter.

### Nordamerika.

Wilson erkennt. Washington, 14. Febr. Die Erkrankung des Präsidenten Wilson ist schwerer, als man zuerst angenommen hatte. Es hat sich eine leichte Erkrankung von Diphterie herausgestellt. Die Lungen sind nicht angegriffen. Auch ist die Temperatur des Patienten nicht besonders hoch. Voraussichtlich wird Wilson noch mehrere Tage das Bett hüten müssen.

## Luftfahrt.

Die Trauerfeier für den verunglückten Flieger Degner. Johannisthal, 13. Febr. Die Trauerfeier für den fürglich verunglückten Flieger Degner fand heute nachmittag um 3 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal statt. Die Leiche des Verunglückten war unter zahlreichen Kränzen und Blumenschmuck vor dem Klubhaus des Kaiserlichen Aerolubs aufgebahrt. Der Vater des Verstorbenen und zahlreiche Verwandte sowie eine große Anzahl Flieger, Flugschüler und Militärflieger wohnten der Feier bei. Ein Geistlicher hielt eine längere Ansprache, dann wurde die Leiche nach dem Bahnhof verbracht, von wo sie nach dem Geburtsort des Verunglückten, Greifswald, übergeführt wird. Während der Feier war der Sportflieger Leiterer auf einer Grich-Taube, die mit einer schwarzen Fahne geschmückt war, aufgestiegen und gab dem Trauerzug bis zum Bahnhof das Geleit.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Städtische Grund- und Bebauungspolitik.

Die geistige Monatsversammlung des „Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei“ erfreute sich eines so zahlreichen Besuchs, daß der Vereinsraum des „Turngelehrten“ bis auf den letzten Platz besetzt war. Mit Recht deutete der Versammlungsleiter, Rector W. Breidenstein, dieses lebhafte Interesse als eine Kundgebung, daß man in kommunalen Fragen eine liberale Politik treiben wolle, die nicht irgend einer Kaste oder Standesschicht Vorteile bringt, sondern die allen Kreisen unserer Bürgerschaft gerecht wird, zum Segen unserer Stadt. Um die Kommunalpolitik mit entschieden liberalen Ideen zu durchdringen und damit die Schaffung eines Natur-, durchführbaren Programms für fortschrittliche Kommunalpolitik zu fördern, hat deshalb die jüngste Fortschrittliche Volkspartei die Behandlung wichtiger kommunaler Fragen für ihre nächsten Monatsversammlungen auf die Tagesordnung gesetzt. Den Auftakt in dieser Vortragsreihe gab der Vortrag des Stadtrats Kallbrenner, der das obenstehende Thema in ehr forschrittlichem Geiste großzügig behandelte. Die Reichhaltigkeit des Stoffs macht eine Teilung des Themas nötig, und so mußte die Behandlung der städtischen Bebauungs- und Wohnungspolitik für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Einleitend zeigte sich Stadtrat Kallbrenner mit den Bodenreformern zusammen, deren Arbeit für eine vernünftige Wohnungsbauform er voll anerkannte. Wenn zwischen dem Hausbesitzerstand und den Bodenreformern immer noch Gegensätze bestehen, so sei das eine Folge der Kampfweise der Bodenreformer in früheren Jahren. Dazu komme, daß die Bodenreformer die Frage der Grundsteuern allein vom sozialpolitischen Standpunkt aus behandeln und unberücksichtigt ließen, daß die infolge der stetig wachsenden Aufgaben andauernde Geldknappheit der Städte die Ursache nicht nur einer B., sondern einer Überlastung des Grundbesitzes sei. Für die städtische Bodenpolitik, die unter den Geschäftspunkten des Besitzes, des Erwerbs und der Bewertung städtischer Eigenschaften erörtert wird, entsteht zunächst die Frage: Wozu sollen die Städte Grund und Boden erwerben? Da drängt sich eine dichte Schar von Abnehmern städtischen Grundbesitzes heran: industrielle Werke der Stadt, Schulbauten, Konferenzhäuser, Dienstgebäude, Walderholungsstätten, Arbeiterhäuser, Feuerwehr, Spielplätze, Vergnügungsstätten, sogar — Renn- und Flugplätze. Viele freier Boden braucht die Stadt jährlich; beim Ankauf kommt die Stadt oft mit dem Status in geschäftliche Verbindung, aber man kann nicht behaupten, daß dieser ein besonderes Entgegenkommen für die Städte auf Grund eines lebhaft entwickelten sozialen Gefühls bis dahin gezeigt habe. Bedeutungsvoll ist die Frage: Kann und wo soll die Stadt Boden kaufen? Auf keinen Fall darf die Stadt warten, bis das Grundstück Kaufinteressent hat, sondern schon früher; also wichtige Bodenpolitik. Da soll die Stadt kaufen, wo sie durch ein nachheriges Umlageverfahren imstande ist, bauwürdiges Gelände zu erstellen. Dabei muß es aber sicherer Grundsatzen bleiben, daß die Stadt niemals Bodenpfeilulation treiben darf; bei niedrigerer Konjunktur der Bodenpreise soll die Stadt im eigenen Interesse Boden anlaufen, und beizetzen durch Anlage eines Grundstücksfonds die Möglichkeit eines großzügigen Bodenvertriebs schaffen. Ganz verkehrt ist es, zum Zweck des Bodenerwerbs Anleihen aufzunehmen; diese Zinsaufbringung bedeutet eine schwere finanzielle Last. Beim Verkauf muß die Stadt die Höhe des Bodenpreises in das richtige Verhältnis zu den möglichen Rente bringen. Deshalb kann es nicht unter allen Umständen als Gütekriterium kommunaler Finanzierbarkeit gelten, wenn in jedem Fall der denkbar höchste Preis für den Stadtpadel herausgefunden wird. Die private Bautätigkeit, den Wagemut des gesunden Unternehmertums zu beleben, ist ebenso Aufgabe der Stadt, wie die Errichtung einer städtischen Bauverwaltungsstelle zur erleichterung der Niederlassung. Von einschneidender Bedeutung für viele Fragen aber ist es, ob eine städtische oder königl. preußische Baupolizei Bauvorschriften ausarbeitet und überwacht, ob ein gründlich durchgearbeiteter städtischer Flächennutzungsplan vorliegt, oder ob man mehr oder weniger dem Zufall oder den Augenblicksbedürfnissen die Linienführung überläßt. Alle diese Dinge aber gehen nicht allein den Haus- und Grundbesitzer an, sondern auch den Mieter, denn beide sind in diesen Fragen ebenso solidarisch, wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Darum Zusammenfluß aller zum Schutz des gesiedelten Privatbesitzes: freier Wettbewerb, keine Paragraphen vom grünen Tisch, Zuvertrauen zur Intelligenz und Leistungsfähigkeit der Bürger, dann ergibt die Lösung dieser Frage in einer Weise, welche die Gesundheit unserer städtischen Bevölkerung sichert und fordert zum Heil des Vaterlandes. — Debochter Beifall folgte den anregenden Ausführungen, die zu einer fruchtbringenden, in angenehmem Ton geführten Diskussion Anlaß gaben. Die Herren Meidel und Hildebrandt stellten in sehr maßvoller Weise die Forderungen der Bodenreformer dar, verkannten in leiser Weise die Schwierigkeiten ihres Programms, unterschrieben aber auch in dankenswerter Weise die Feststellung, daß die Bodenreformer keine Gegner des Hausbesitzerstandes, sondern nur der wüsten Bodenspekulationen seien. Sie unterstützte Herr Meier-Labitzki, Landesdirektor Schmidt, wies als Fachmann auf die Wichtigkeit des Umlegeverfahrens zur Herstellung baufähiges Geländes für kleine Baudhäuser hin und äußerte sich damit ganz nach Sinn und Wunsch

Hausmanns. Stadtverordneter Hartmann gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die anwesenden Bodenreformer so wohlwollend ihren Standpunkt vertreten haben, und hofft, daß die Erfahrung die gefundenen Gedanken der Bodenreform allmählich heraushebe aus so manchen irrtigen Annahmen, wie z. B. über Wertzuwachs. Stadtverordneter Hildebrandt wendet sich gegen die Bezeichnung Metzgervereine für unsere Städtchen und weiß nach, daß die Steigerung der Fleischpreise eine Folge der gestiegenen Ansprüche der Mieter ist. In ähnlichem Sinne spricht Stadtverordneter Hanjohn, der auf die Schwierigkeiten hinweist, die dem Besitzer des Einfamilienhauses in den Vororten einer Großstadt drohen. Einen großen Teil der Schulden an unserer möglichsten Verhältnissen auf dem Immobilienmarkt tragen die Großbauten. 11 Uhr war schon lang vorüber, als ein Antrag auf Schluss der Diskussion angenommen wurde. Mit Besiedlung konnte Stadtrat Kallbrenner im Schlusshör feststellen, daß alle Redner mit Sachlichkeit und Verständnis für diese schwierige Materie waren mitgearbeitet hätten, diese Fragen zu klären, und daß sich allenfalls ein Weg zur Verständigung gezeigt hätte. Mit dem Hinweis auf den nächsten Vortrag über städtische Bebauungs- und Wohnungspolitik und den nochmaligen Dank an den Referenten schloß Rector Breidenstein die interessante Versammlung, an der auch Vertreter anderer Parteien sowie der städtischen Bevölkerung teilnahmen.

Wirklicher Geheimer Rat v. Magdeburg, von dessen Rücktrittsabsicht wir gestern bereits berichtet, wird in diesem Oktober sein 70. Lebensjahr vollenden. Er steht seit 1868, wo er Referendar wurde, im Staatsdienst und hat eine an Abwechslungen außerordentlich reiche Laufbahn hinter sich. Während des französischen Feldzugs stand er, vorher in der allgemeinen Staatsverwaltung Preußens beschäftigt, Verwendung als Unterpräfekt in Château-Thierry, blieb dann bis 1875, zuletzt als Kreisdirektor in Metz, in reichsständischen Diensten, lehrte aber 1875 als Landrat des Kreises Sonderburg wieder nach Preußen zurück. 1879 wurde er Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, in welcher Eigenschaft er zeitweise Prototypföhre im Bundesrat war, und rückte 1881 zum Vortragenden Rat auf. 1884 wurde er Regierungs-Präsident in Kassel und erhielt 1886 dort selbst den Posten als Regierungspräsident. Noch im gleichen Jahre wurde er als Unterstaatssekretär in das Handelsministerium berufen, wo er sechs Jahre blieb, um dann Oberpräsident der Provinz Nassau zu werden. Im Dezember 1898 wurde er als Nachfolger v. Wolffs Präsident des preußischen Oberrechnungskammer und des deutschen Rechnungshofs. Am 1. Mai 1904 wurde er gerades. Nach fast 48-jähriger Dienstzeit gelangt jetzt der hochangesehene und verdienstvolle Beamte in den Ruhestand.

Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime. Der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime gingen in der letzten Zeit wieder Jahresbeiträge und Spenden in sehr großer Zahl zu. Es stifteten u. a.: A.-G. für Buntpapier- und Feinfabrikation (Schaffhausen) 5000 M., C. Heddmann, A.-G. (Duisburg) 5000 M., A. Hoch u. Co. (Bautzen) 5000 M., Knoll u. Co. (Ludwigshafen) 5000 M., A. Bierlich (Cottbus) 5000 M., Vogtländische Maschinenfabrik, A.-G. (Plauen) 5000 M., Vereinsbank Zwickau 5000 M., Robert Wulff (Düsseldorf) 5000 M.

Die vermehrten Ascheurnen. Wie infolge der Notiz „Wo sind die Urnen“ in der geistigen Abend-Ausgabe der städtischen Beidenkommission Herr Stoll uns mitteilt, sind die Ascheurnen der Frau Demmin von ihm von Goltha hiergebracht und eigenhändig dem Gatten derselben ausgehoben und übergeben worden. Herr Stoll vermutet, daß die Reise an einer anderen Stelle als der angenommenen im Garten des „Demminhofs“ begraben sind. Von den Ascheurnen des Herrn Demmin ist ihm nichts bekannt.

Kirchliche Sammlungen. Für das Diaconissen-Mutterhaus Paulinenstift gingen in der letzten Zeit wieder Jahresbeiträge und Spenden in sehr großer Zahl zu. Es stifteten u. a.: A.-G. für Buntpapier- und Feinfabrikation (Schaffhausen) 5000 M., C. Heddmann, A.-G. (Duisburg) 5000 M., A. Hoch u. Co. (Bautzen) 5000 M., Knoll u. Co. (Ludwigshafen) 5000 M., A. Bierlich (Cottbus) 5000 M., Vogtländische Maschinenfabrik, A.-G. (Plauen) 5000 M., Vereinsbank Zwickau 5000 M., Robert Wulff (Düsseldorf) 5000 M.

Die vermissten Ascheurnen. Wie infolge der Notiz „Wo sind die Urnen“ in der geistigen Abend-Ausgabe der städtischen Beidenkommission Herr Stoll uns mitteilt, sind die Ascheurnen der Frau Demmin von ihm von Goltha hiergebracht und eigenhändig dem Gatten derselben ausgehoben und übergeben worden. Herr Stoll vermutet, daß die Reise an einer anderen Stelle als der angenommenen im Garten des „Demminhofs“ begraben sind. Von den Ascheurnen des Herrn Demmin ist ihm nichts bekannt.

Kirchliche Sammlungen. Für das Diaconissen-Mutterhaus Paulinenstift gingen in der letzten Zeit wieder Jahresbeiträge und Spenden in sehr großer Zahl zu. Es stifteten u. a.: A.-G. für Buntpapier- und Feinfabrikation (Schaffhausen) 5000 M., C. Heddmann, A.-G. (Duisburg) 5000 M., A. Hoch u. Co. (Bautzen) 5000 M., Knoll u. Co. (Ludwigshafen) 5000 M., A. Bierlich (Cottbus) 5000 M., Vogtländische Maschinenfabrik, A.-G. (Plauen) 5000 M., Vereinsbank Zwickau 5000 M., Robert Wulff (Düsseldorf) 5000 M.

Versteigerung eines städtischen Bauplatzes. Bei Gelegenheit einer am Freitag stattgehabten öffentlichen Versteigerung wurde ein Bauplatz an der Ecke der Hedwig- und Nordstraße zum Preis von 575 M. für die Rote oder für insgesamt 21.000 M. an den Gärtnerbetreiber Paul Weber verkauft. Der Bezirksausschuß hat noch seine Genehmigung zu dem Verkauf zu geben.

Ein raffinierter Gaunerstreich trug sich in dem Hause Körnerstraße 27 zu. Dort erschien gestern abend ein Unbekannter mit einem Messer und mißte sich gegen Zahlung von 5 M. bei einer Frau ein, und zwar in einem Zimmer, in dem schon ein Eisenbeamter wohnte. Als man schlafen gehen wollte, holte der Unbekannte ein Tablett herbei, das ein sehr gutes Schlafmittel enthielt. Der Eisenbeamte und die Logierwirtin nahmen das Mittel zu sich und verfielen alsbald in einen tiefen Schlaf, aus dem sie erst zu später Stunde wieder aufwachten. Inzwischen batte der Unbekannte sich entfernt und alle erreichbaren Werkzeuge, Geld, Uhr, Schmuck, Kleider und dergleichen, mitgenommen. Von dem Spitzbuben fehlt bis jetzt jede Spur.

Preußische Klassenlotterie. In der heutigen Mittwochsausgabe der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fielen 60.000 M. auf die Nr. 182 273; 40.000 M. auf die Nr. 155 237; 10.000 M. auf die Nr. 73 486. (Ohne Gewähr.)

Fahrraddiebstahl. Als gestohlen lamen polizeilich zur Anmeldung ein Fahrrad „Viktoria“ Nr. 300 254 und ein Fahrrad ohne Markebezeichnung mit der Nummer 71 115 und dem Firmenstempel Jacob Weber, Kochstraße.

Personal-Nachrichten. Referendare Dr. jur. Adolf von Bier ist zum Gerichtsschöpfer ernannt.

Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Berlag gingen zu für die Amts-Augenärzteklinik und für die sonst Hochwasser-Geschädigten an der Ostsee von 18. B. je 1 M.

kleine Notizen. Die Ehrenurkunde für Herrn Kaufmann Heinrich Wald, den langjährigen Reiter des Verbindungsvereins, ist in der Blumenabteilung von A. Weber u. So. Wilhelmstraße 4, öffentlich ausgestellt. — Die Kartenausgabe zum Sommerfest des Sing-Airs des Kästle-Theaters am 28. Februar in der Walhalla ist eine kostbare, und es ist daher geraten, mit solchen Stühlen zeitig an-

verloren. — Im Reichshallen-Theater treten ab morgen Sonntag die beliebten Leibziger Sänger mit neuem Repertoire auf. U. a. bringen sie die Schlager-Suiten „Timmer Nr. 18“ und „Im Witwenverein“.

## Spielplan der Wiesbadener Theater.

von 15. Februar bis 22. Februar.	Königl. Schauspiele.	Residenz- Theater.	Aut.-Theater.
	2 bis 1 Uhr: (Vollsp.)	1 bis 4 Uhr: (Halbe Br.)	
Sonntag	Bei ausgeb. Aben. Im grünen Hof. 7 Uhr: Ab. D. Kuhline.	Trammlust. 7 Uhr: Kammerpielabend. Mandragola.	Geschlossen.
Montag	Aben. R. Foged und sein Ring (Kleine Welt.)	6. Vollversetzung: Wie geht's nach Lederne.	Goldspeile von Dr. B. Brügers Sects.-Ensemble.
Dienstag	Ab. A. Brignon.	Dochgedreht	Dr. B. Brügers Sects.-Ensemble
Mittwoch	Ab. R. Gra.	4. Kammerpielabend Mandragola.	Geschlossen.
Donnerstag	Aben. D. Riba.	Gästespielder des Ober- ten-Gesellschafts-Hausau Filmzauber.	Geschlossen.
Freitag	Ab. C. zum 1. Maie. Der verlorene Komödiant. Heraus: Der Diener 2. Herren.	Monna Bassa.	Geschlossen.
Samstag	Bei ausgeb. Aben. Polenblut.	Geschlossene. Heraus: Der ungetreue Grazer.	Geschlossen.
Sonntag	Aben. A. Garmen.	-	-

## Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

\* Kürtheater. (Dr. B. Brügers Sects.-Ensemble.) Die auf Sonntag angefeste Nachmittagsvorstellung fällt aus; abends ist das Theater ebenfalls geschlossen. Am Montag findet das vorletzte, am Dienstag das letzte Gattspiel des Ensembles statt. Das Repertoire weist „Die angenehme Hochzeitsnacht“, „Serentifimus“-Zwiesprach und verdeckte Einlagen auf.

\* Kunstsalon Aktuarius. Die Ausstellung der holländischen Künstlervereinigung „Sanct Lucas“ wird Sonntag 1 Uhr geöffnet. Wegen der Neuauflösungen bleiben die hinteren drei Täle für einige Tage geschlossen. Zum Sonntag, den 22. d. M., werden die Gedächtnisausstellung für A. W. Diefenbach, den tatsächlich auf Grau verbotenen Maler, sowie zwei Sammlungen von Dr. Rudolf Sonner und Paul Dahmen eröffnet.

## Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus der Sonnenberger Gemeindevertretung.

y. Sonnenberg, 13. Febr. Die gestrige Sitzung der Gemeindevertretung war von 15 Mitgliedern besucht. Zur Tagesordnung standen Gesuche um Bewilligungen von Zulagen, welche dem Finanzausschuss zur Prüfung überwiesen wurden. Das von der Versammlung seinerzeit angesetzte zweimalige Binden der Holzwellen hat sich, nach einem Schreiben der Königl. Obersförsterei, nicht bewährt. Da jedoch die Versammlung sich diesem Gutachten nicht anschließt, soll die persönliche Rücksprache des Antragstellers erneut das zweimalige Binden erörtert werden. Die Pflastierung der Wiesbadener Straße, welche nicht nur von allen künftigen, sondern auch von allen denen, welche die Straße passieren müssen, gewünscht wird, hat jetzt durch die vorliegenden Kostenanschläge die notwendigen Unterlagen zur Beurteilung ergeben. Es sind verschiedene Arten vorgelesen, und zwar teils Großpflaster, teils Kleinpflaster. Die von verschiedenen Stellen ausgearbeiteten Kostenanschläge weisen Zahlen von 70 000 bis 115 000 M. auf. Da jedoch auch gleichzeitig der Bau des zweiten Straßenbahngleises als notwendig erachtet wird, sollen nach dieser Richtung hin weitere Erhebungen ange stellt werden. Es bedarf wohl keiner besonderen Ausführung, daß die Bahnhofstraße Kurhaus-Sonnenberg einer Verkehrsbesserung dringend bedarf, um das häufige Warten an den Kreuzungspunkten auf ein Mindestmaß einzuschränken. Von der Genehmigung zur Errichtung eines Schuldepotations wird Kenntnis genommen und die Zahl der Mitglieder aus den einzelnen, durch das Gesetz bestimmten Kategorien auf je drei bestimmt. Die Wahl der der Gemeindevertretung vorbehaltenden Mitglieder soll demnächst stattfinden. Die Änderung des Fluchttärlinienplans für den Distrikt „Ober der Dietenmühle“ in der Fortsetzung der Amselfeldstraße ist durch einen Einspruch der Stadt Wiesbaden bislang nicht zur Ausführung gekommen, obgleich das Verfahren seit etwa zwei Jahren schweigt. Die Stadt Wiesbaden hatte einige Zugestände zu der Kostenfrage bewilligt, aber die Verbreiterung des in dem verlängerten Ostring liegenden ganzen Straßenangs, so weit er in Sonnenberger Gemarkung verläuft (eine Straße von über 1000 Meter), gefordert. Die durch die Verbreiterung der Gemeinde Sonnenberg entstehenden Mehrosten werden schätzungsweise auf über 50 000 M. angenommen, denen gegenüber die geringen Aufschlusskosten von Wiesbaden fast nicht in die Erzielung treten. Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Wiesbaden ein Verlangen stellt, welches weit über das zurzeit schwedende Fluchttärlinienverfahren hinausgreift und Gelände eingeschließt, deren Fluchttärlinien seit langen Jahren rechtsträchtig festlegen, lehnt die Versammlung, dem Antrag des Referenten entsprechend, nicht nur das weitergehende Verlangen ab, sondern sie zieht auch ihre Zustimmung zur Erbreiterung einer Straße von 120 Meter zurück, weil die damaligen Verhandlungen nicht erkennen ließen, daß eine so große Straße zu verbreitern verlangt wurde. Es soll nunmehr die Entscheidung des nach dem Fluchttärlinienbeschluß zuständigen Kreisausschusses herbeigeführt werden. Die durch einen Erlass des Herrn Untersekretärs angeordnete Regelung der Krankenversicherung und Pflicht der an öffentlichen Volksschulen beschäftigten Lehrpersonen mit weniger als 2500 M. Diensteinommen fand ihre Erledigung dahin, daß den Lehrpersonen die durch das Gesetz vorgeschriebenen Regelstellungen der Krankenkasse gewährt werden sollen. Von dem Stand der Einnahmen und Ausgaben im laufenden Rechnungsjahr wird Kenntnis genommen. — Die vierte Holzversteigerung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt.

\* Jastadt, 14. Febr. Ein bedauerlicher Unfall traf sich dem Schmied Heinrich Lind von hier zu. Beim Holzfahren wollte er auf der steilen Waldhaustrasse die Kettensäge zudrehen, stellte dabei aber aus, geriet unter den Wagen und zog sich dabei eine Rippenquetschung zu. Der Unfallsfall ist um so bedauerlicher, als die Familie kurz hintereinander von schweren Schicksalsschlägen heimgesucht wurde. — Der vierte und letzte dieswinterliche Vortrag unserer Ortsgruppe des Kreis-Landesvereins Wiesbaden-Land fand gestern abend im Vereinslokal statt. Referent war Ortsfarrer Petzh, der das Thema: „Bismarck als Charakter“ behandelte. Weitere interessante Gegenstände waren

zwar noch vorgesehen zur Besprechung, man mußte aber im Anbetracht der in Kürze beginnenden Feldarbeit davon Abstand nehmen.

## Nassauische Nachrichten.

m. Gelsenheim, 13. Febr. Die in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung erfolgte Rechnungsbilanz für das Jahr 1912 gab ein Bild von den gesunden finanziellen Verhältnissen der Stadt. Die Rechnungen schlossen mit einem Überdruck von 35 740 M. 4 Pf. gegenüber dem Vorjahr ab. Die Gemeinkosten stellten sich auf 500 410 M. 11 Pf., die Gesamtausgaben auf 583 670 M. 7 Pf. Allein 23 000 M. finden an Steuern mehr eingenommen worden. — In die städtische Schuldeputation wurde Herr Buchholz mit 6 Stimmen gewählt. Herr G. Höhl erhielt 5 Stimmen.

S. Halberstadt, 13. Febr. Das Gauturnfest des Lahn-Dillgau wird in diesem Jahre hier abgehalten, und zwar vom 11. bis 13. Juni.

## Aus der Umgebung.

w. Kreuznach, 13. Febr. Der Rhein führt infolge des Eisgangs Hochwasser; große Weiden sind überschwemmt. Auch die Nähe führt bei Lingen Hochwasser, ihr Wasserstand ist um 1½ Meter gestiegen.

S. Siegen, 13. Febr. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis entsprungen ist der Gefangene Bendert, der zu 2 Jahren Büchterschein verurteilt worden war, weil er einen Polizeiangehörigen durch Revolverschüsse verletzt hatte. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Verbrecher einzufangen.

## Gerichtssaal.

= „Heiden“ in Uniform. Aus Mainz wird berichtet: Am 9. August 1913 war eine 18jährige Kontoristin durch die Bahnunterführung an der Goethestraße nach ihrer Wohnung in der Rombacher Straße gegangen. Es war gegen 10 Uhr abends. Durch die Unterführung gingen zu gleicher Zeit eine Anzahl Dragoner vom 6. Dragoner-Regiment. Der Gefreite Stichling griff plötzlich von der Seite das vorübergehende Fraulein in ungeheiger Weise an, worauf dieses ihm ihre Handtasche ins Gesicht schlug. Als der Gefreite seinen Kameraden von dem Schlag Kenntnis gab, forderte einer ihn auf, sich dies nicht gefallen zu lassen, worauf Stichling dem Mädchen, das sich auf die gegenüberliegende Seite begeben hatte, nachfolgte und ihm einen zu schützigen Schlag ins Gesicht versetzte. Das Mädchen flüchtete, verfolgt von Stichling, der ihm dann noch mehrere Schläge über den Kopf versetzte und das Mädchen schwer beleidigte und drohte, ihm den Leib aufzuschlitzen. Das flüchtende Mädchen wurde auch noch von dem Dragoner Adamsched verfolgt und an der Bluse gepackt. Inzwischen kam das Mädchen an die elterliche Wohnung und rief um Hilfe. Der Bruder, ein Fuhrunternehmer, hörte die Hilferufe seiner Schwester, kam auf die Straße und schlug mit einem Prügel auf zwei Dragoner, die blank gezogen hatten. Dann flüchtete er wieder in den Hof, während mehrere Dragoner, die aber nicht ermittelt werden konnten, durch das Tor mit ihren Säbeln stachen. Stichling und Adamsched, die inzwischen zur Reserve abgegangen, hatten sich an Kriegsgericht zu verantworten. Stichling wurde zu 2 Monaten 3 Tagen Gefängnis, Adamsched zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Merkwürdig ist an der Sache nur, daß so lange Zeit vergehen mußte, ehe die rohe Tat vor Gericht kam, heißt es in dem uns vorliegenden Bericht. Wir finden, daß auch die Strafe, die das Kriegsgericht über die Roblinge verhängt hat, merkwürdig mild ist und gar nicht der sonstigen Praxis der Militärgerichte entsprechend ausgefallen ist.

ö. Herausforderung zum Zweikampf. Mainz, 14. Febr. Vor der zweiten Strafkammer in Mainz hatte sich heute der Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Winkler (Oppenheim) wegen Herausforderung zum Zweikampf gegen den freisinnigen Landtagsabgeordneten Amtsrat Dr. Grünewald (Gießen) zu verteidigen. Die Strafkammer verurteilte Dr. Winkler, der sich selbst zur Angeklagten gebracht hatte, zu 14 Tagen Gefängnishaft.

M. Dürfen Südwine importiert werden? Frankfurt a. M., 13. Febr. Die Strafkammer entschied, daß Samosweine, und damit Südwine überhaupt, nicht als verfälschte Weine angesehen seien, sofern sich der Färbungsprozeß durch Spritztechnik unterbunden werde. Da dieses Verfahren schon vor Inkrafttreten des Weingesetzes bei der Herstellung üblich war, so habe das Weingesetz den damals im Gang befindlichen Import nicht berührt, und die Dessertweine seien deshalb nicht zu beanstanden. Somit kann nach wie vor der Import von Südwinen stattfinden.

wb. Ein Deutscher in Paris zum Tod verurteilt. Paris, 14. Febr. Das Schwurgericht in Besoul verurteilte gestern den Deutschen Griseiller zum Tod. Er war von seiner Arbeitgeberin entlassen worden und rächtete sich dafür. Am 4. November v. J. drang er in ihrer Abwesenheit in ihre Wohnung ein und ermordete mit einem Schlächtermesser ihre 18jährige Tochter. Diese war an der Entlassung des Griseiller völlig schuldlos.

## Neues aus aller Welt.

Die Hochwassergefahr im Nemesdelta, Remeil, 13. Febr. Das Nemeler „Dampfboot“ meldet: Den auf dem Strom erarbeiteten Dampfern ist es gelungen, diese Nemelstrommündung freizumachen und bis Nauz vorzudringen, so daß der Strom nunmehr von Nauz bis zur Mündung frei ist. Der Wasserstand sinkt. Auf der Westseite des Kurischen Hafens drängen sich infolge des Ostwindes große Eismassen in die Rostocker Bucht. Mehrere Regierungsoffiziere sind in Henderburg angelkommen. Sie werden sich morgen auf das Schiff ausbrechen.

Verhaftung eines Eisenbahnattentäters. Vandoeuvre, 12. Febr. Als der Urheber mehrerer Attentäte auf den D-Zug der Ostbahnstrecke wurde der Tischler Machinski aus Stolzenberg im Kreise Hellebirk ermordet. Er hat auch Anklage auf den D-Zug bei Neugarten auf der Strecke Berlin-Stendal verübt.

Mystiker Verbrechen. Berlin, 14. Febr. Gestern nachmittag 5 Uhr wurde in dem Hause Neuermarktstraße 28 der 31 Jahre alte Schneider Nidor Rose mit drei Angeln im Kopf tot aufgefunden. Man fand ihn an der Tür des Ateliers erdrosselt, so wurde die Kommission der Kriminalpolizei herbeigerufen. Denn es gilt als ausgeschlossen, daß der Ermordete mit den erhaltenen Schlägen stirben. Man muß annehmen, daß eine dritte Person die Tat begangen hat, die dann die Opfer an die Türlinie knüpfte. Es liegt auch kein Grund zum Selbstmord vor. Bisher sind seinesleiße Anzeichen gefunden worden, aus denen man auf die Person des Täters schließen könnte. — Paris, 14. Febr. Ein schweres Verbrechen

ist in Melun verübt worden. Dort fand man den Barfüßer Fabrikanten Leon und seine Frau in ihrer Villa ermordet auf. Die beiden Leichen waren von mehreren Revolverstufen durchbohrt, alle Türen der Villa erbrochen. Neben den Leichen fand man einen Revolver liegen. In der Wohnung selbst war nichts in Ordnung, so daß angenommen wird, daß hier ein mysteriöser Raubvampir vorliegt.

Die Bodenverkrüpplung in der Reichshauptstadt, Berlin, 14. Febr. Gestern nachmittag erkrankte der Maurer Oswald Drechsler in der Seiffenerstraße 8 in seiner Familienwohnung unter podenverdächtigen Beschwerden. Drechsler hatte mit dem in das Bischöfliche Stift eingelieferten Arbeiter Rosalia in Rode zusammen gearbeitet und ist mit ihm auch gemeinsam nach Berlin zurückgekehrt. Der Verdächtige wurde in den Cholerabanden in Bickenberg interniert. Auch die Familie des Grafen wurde einfließen isoliert.

Gedenkstätte in Bitburg, Bitburg, 14. Febr. Im hiesigen Garnisonslazarette ist gestern ein Soldat des 102. Infanterieregiments getötet worden. Der Infanterist war vor drei Tagen wegen Brustdarmkrebs ins Garnisonslazarette aufgenommen worden. Weitere Fälle von Gedenkstätte sind hier nicht ermittelt worden.

Bedauerliche Folgen der Unterstellung eines Postoffizienten. Mannheim, 14. Febr. Gestern früh wurde der Oberpostoffizier Osterburg vom hiesigen Hauptpostamt wegen Belohnung des Briefbeschleunigungsvertrages verhaftet. Aus Gründen über die Tat des Mannes hängt sich seine junge Frau. Sie hinterläßt zwei Kinder.

Ein grauslicher Unglücksfall in der Kruppischen Zisterne, Duisburg, Duisburg, 13. Febr. In den Wasserwerken der Krupp'schen Friederich-Alfred-Zisterne in Duisburg verlor ein Arbeitnehmer bei Reparaturen bei einem Spindel und wurde mehrere Male verunglückt. Als man die Wache stellte, fand man den Verunglückten tot vor. Kopf, Arme und Beine waren vollständig vom Stumpf getrennt worden.

Ein Schiffsunglück im Kaiser-Wilhelm-Kanal, Kiel, 13. Febr. Im Kaiser-Wilhelm-Kanal ist gestern ein Dampfer „Bodur“ der Reptum-Gesellschaft in Bremen mit dem Dampfer „Hildesheimburg“ aus Dithmarschen zusammen. Der letztere Dampfer wurde beschädigt und sank später. Zwei Mann des gefährdeten Dampfers sind ertrunken.

Für 50 000 Kronen Sachsen vernichtet. Bremen, 14. Febr. In Bremen wurden 1500 Kilogramm Sackzucker im Wert von über 50 000 Kronen amtlich vernichtet. Dieser war Schmuggelware abgenommen worden.

Fernzündung von Sägemühlen mit Hilfe drahtloser Telegraphie. Florenz, 14. Febr. Der Ingenieur Illini hat gestern der italienischen Admirałität Berufseidt vorgetragen, Pulvermengen mit Hilfe von drahtloser Telegraphie zur Entzündung zu bringen. Auf ein gegebenes Zeichen bin legte Illini in einem Turm das Paket Talpon seine Apparate in Tätigkeit, worauf vier Torpedos, die der Admiral Sciarani in denreno hatte versetzen lassen, innerhalb 40 Sekunden zur Explosion gebracht wurden. Zwei Torpedos entblieben.

Ein regelmäßiger Luftpostdienst in Russland. Petersburg, 14. Febr. Die Postverwaltung will im Frühjahr einen regelmäßigen Luftpostdienst eröffnen. Als weiterer Punkt ist die Stadt Samotrood ausgewählt.

Der König Niels verbotet. Petersburg, 14. Febr. Der bekannte König Niels wurde wegen Absfalls von der orthodoxen Kirche verhaftet und nach einem Gefangenlager im Don Gebiet abgeführt.

Die furchtbare Kälte in Amerika. New York, 14. Febr. Die furchtbare Kälte, die seit mehreren Tagen besteht, wurde auch gestern wenig gemildert. Ein Sturm von Arbeits- und Überlebenskälte kostet den von der Wetterwarte angekündigten Schneesturm der Arbeit keinen Preis. Bis jetzt sind in der Stadt 20 Menschen ertrunken. An der Küste herrscht ein furchtbarem Sturm. Die Schiffe sind gesunken, im Hafen zu schleppen. Weiter wird eine ganze Reihe von schweren Unfällen geschildert. In Kingston bei New York verloren einige Schiffe, das Eisenbahnleise zu schwanken. Der heranstürmende Sturm verlor viele Leben.

Ein regelmäßiger Luftpostdienst in Russland. Petersburg, 14. Febr. Ein unbekannter Dampfer ist in der Nähe von Princetown gesichtet und konnte bisher von Rettungsschiffen nicht erreicht werden.

Ein Erdbeben in Rosada. New York, 13. Febr. Die Erdbebenbewegung im Osten Amerikas ist noch am Höhepunkt. Soviel wie gestern nachts auströmten die Unionen sich gestern nachts bestätigen.

## Letzte Drahtberichte.

Aus dem Reichstag.

w. Berlin, 14. Febr. (Vig. Drahtbericht) Bei der fortgesetzten Staatsberatung fand man heute auf die Tropfusse erkrankungen im Kabinett zu sprechen. Ministerialdirektor v. Jonquière bestritt gegenüber den sozialdemokratischen Vorförtern entschieden, daß die Verunreinigung des Wassers im Industriegebiet nicht energisch genug verhütet werde. Dann sah eine große und sehr lebhafte Debatte über den von der Kommission bekanntlich abgelehnten Reichstagsschutz für die Olympischen Spiele ein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kühne befürwortete die national liberalen, sozialkonservativen und konserватiven Anträge auf Wiederherstellung des Juwells und kritisierte scharf die Jurisdiktionsrechte der sozialdemokratischen Turnvereine. Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Müller-Meininger wandte sich dann gegen die Unmöglichkeit des Reichsausschusses für die olympischen Spiele, dessen Vorsitzender Staatsminister Bodenbelski am Vorabend der heutigen Verratung den Reichstag mit „Peter Schlemihl“ verglichen hatte, der vor seinem eigenen Schatten Angst habe. Trotz solcher Entgleisungen des Vorsitzenden des Reichsausschusses für die olympischen Spiele sei die Bewilligung notwendig im Interesse des deutschen Ansehens und der körperlichen Fortbildung unserer Jugend. Auch Ministerialdirektor Lewald trat namens der verbündeten Regierungen sehr warm für die Wiederherstellung der 46 000 M. ein.

Die Entgleisungen des Herrn v. Bodenbelski.

# Berlin, 14. Febr. (Vig. Drahtbericht) Bei der gestern stattgefundenen (an anderer Stelle erwähnten) Schaffermahlzeit fand zum Schluß Staatsminister a. D. v. Bodenbelski auf die Kapitäne der Handelsmarine zu sprechen, die er als Männer nicht nur des Wortes, sondern auch der Tat feierte. Nach einigen humoristischen Worten führte der Redakteur einen Seitenblick gegen den Reichstag aus und kam dabei auf die Badener Angelegenheit zu sprechen. Der „heilige Reichstag“ mit seinem „Majestätsbrot“ gleiche Peter Schlemihl, der vor seinem eigenen Schatten

sehen ist, und daß er bald einem geeigneten Nachfolger Platz machen wird. Der jetzt veröffentlichte Uta des Zaren wird als deutlicher Beweis dafür angesehen, daß der Sturz Nikolowzows nicht nur einen Sieg der Rechten bedeutet, sondern daß eine durchgreifende ökonomische Reform bevorsteht. Man glaubt allgemein, daß Witte der kommende Mann ist.

wb. Petersburg, 14. Febr. Die Blätter melden die Demission der drei Gehilfen des Finanzministers, Weber, Petrovski und Novitski.

**Su dem Zwischenfall im preußischen Abgeordnetenhaus bei der Hoffmannsdien Dauerrede.**

# Berlin, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der "Vorwärts" behauptet heute, der Abbruch der Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus während der Rede des Abgeordneten Hoffmann sei auf ein Mißverständnis des Präsidenten zurückzuführen. Die Stenographen hätten mit keinem Wort behauptet, daß sie nicht mehr weiterschreiben könnten oder wollten. Der Leiter des stenographischen Bureaus hatte lediglich gebeten, den Stenographen, die sonst in der Regel zwischen 5 und 6 Uhr zu Tisch gehen können, das Essen aus der Kasse des Landtags zu erstatzen.

**Su der Landung eines deutschen Ballons in Russland.**

# Berlin, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Insassen des in Bitterfeld aufgestiegenen Ballons "Berlin", der im Gewerkenamt Wittenberg in Russland gelandet war, sind dort zwei Tage von den Behörden festgehalten, gestern jedoch wieder freigelassen worden. In dem Ballon, der dem Berliner Verein für Luftschiffahrt gehört, befanden sich Schriener, Schriftsteller Dr. E. Korn, Hauptmann Otto Rüssow und Student Roland Rauff. Die Fahrt ging von Bitterfeld über Frankfurt a. d. O., Schneidemühl und Elbing. Nach 38 Stunden erfolgte die Landung glatt bei Wyschica.

**Der Gesetzentwurf über Spielbanken in Frankreich.**

wb. Paris, 14. Febr. Der Senatsausschuß hat bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Spielbanken den von der Kammer angenommenen Artikel, wonach in der Umgebung von Paris in einem Umkreis von mindestens 100 Kilometern keine Spielbank errichtet werden dürfe, mit 11 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Er hat ferner gegen jenen Artikel gestimmt, durch den die Errichtung eines Spielfasinos in den Universitätsstädten verboten werden soll, jedoch einen Zusatzantrag angenommen, daß den Studenten der Zutritt zu den Spielstätten unterliegt werde.

#### Ein interessanter Brief Bismarcks.

○ Paris, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die morgen erscheinende "Revue de Paris" veröffentlicht einen vom 1. Februar 1870 datierten Brief des Fürsten Bismarck an den damaligen preußischen Gesandten in London Grafen Bernstorff, der bisher angeblich unbekannt geblieben ist. Dieser Brief ist die Antwort Bismarcks auf eine diesbezügliche Interpellation des damaligen Justizministers des Hauses

Bismarck, der auf Ansuchen Frankreichs bei der preußischen Regierung vertraulich anfragte, ob sie in einer von beiden Staaten gleichzeitig vorgunehmende Verbündung ihrer Armeefontingente im Interesse des europäischen Friedens einzwilligen werde. Bismarck lehnte in einem ausführlichen Schreiben an den Grafen Bernstorff dies Verlangen ab mit dem Hinweis auf die überaus schwierige und von den anderen Großmächten so ganz verschiedene geografische Lage Preußens. Österreich, Frankreich und Russland besaßen je eine Armee, deren numerische Stärke derjenigen Preußens überlegen sei. Die Aufrechterhaltung des Friedens hänge nicht von den friedlichen Absichten der Regierungen selbst ab, sondern von Zuständen, die kein noch so mächtiger Monarch und noch so einflussreicher Staatsmann vorhersehen könne.

#### Die Massenentstreuungen in der französischen Armee.

○ Paris, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Es werden heute drei neue Todesfälle aus Revers beim 85. Infanterie-Regiment, drei aus Longwy und zwei vom 37. Infanterie-Regiment in Bourges gemeldet. Auch in der westlichen Garnison Quimper sind bei acht Kompanien 150 Mann erkrankt; ein Soldat starb dabei an Gelenktarre. Ein sozialistisches Blatt behauptet, daß in der Garnison Vincennes bei Paris eine Typhusepidemie hersehe und im benachbarten St. Mandé in einer einzigen Nacht 52 Mann gestorben seien. Im Militärhospital von Val de Grace sind der "Humanité" zufolge seit 15. Januar 37 Soldaten gestorben.

#### Kämpfe in China.

wb. Peking, 14. Febr. Nach den letzten hier eingelaufenen Meldungen haben die Regierungsstruppen bei einem Zusammenstoß mit der Bande der weißen Räuber westlich der Eisenbahnlinie von Hanfau eine schwere Niederlage erlitten. Die Banditen griffen die Soldaten mit Todesverachtung an und ließen selbst zahlreiche Tote auf dem Schlachtfelde. Es scheint, als ob die Revolution in den Provinzen Hunan und Hunan erneut an Ausdehnung gewinnt.

#### Eisenbahnunfälle.

wb. Görlitz, 14. Febr. Heute vormittag wurden bei der Rangierbewegung eines Triebwagens zwei Bahnhofunterhaltsmechaniker überfahren. Der eine namens Fischer war sofort tot, der andere namens Ludwig wurde schwer verletzt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt gewesen.

wb. Gleiwitz, 14. Febr. Auf dem Bahnhof Borsig-Werke fuhr eine Lokomotive auf einen rangierenden Güterzug. Der Lokomotivführer wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Der Heizer erlitt schwere Verletzungen. Die Lokomotive stürzte die Böschung hinunter und wurde schwer beschädigt.

wb. Hamburg, 14. Febr. Gestern abend starb hier der Kaufmann Emil Seider, der erste Vorsteher des Verbundes deutscher Detailistengeschäfte der Textilbranche.

wb. Erfurt, 14. Febr. Auf der Lötspitze brachen gestern zwei sechs Jahre alte Knaben aus Gangschleuse im Eise ein und ertranken.

## Handelsteil.

### Berliner Börse.

○ Berlin, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Bei ruhigem Geschäft erholt sich die feste Grundstimmung, gestützt auf die Haltung der Auslandsbörsen. Lebhafte ging es heute am Elektrizitätsmarkt zu, wozu Motorenkauf auf stimulierende Gerüchte kamen; bei den Werten der A. E. G. konnte man sogar von einer Hansa sprechen. Montanwerke höher, Kattowitz wurden jedoch realisiert. Schiffahrtswerte reger, besonders Hansa. Für Deutsche Bank erholt sich das regste Interesse. Besonders fest lagen russische Werte auf den Anleihenfolgen in Paris. Schantungsbahnen steigend auf Meldungen von der Errichtung eines deutschen Eisenwerkes in Schantung. Unter Schwankungen erholt sich später die feste Grundstimmung. Als verlautete, daß Hansa nur 2 Proz. Dividende vorschlagen werden, büßte dieses Papier seinen Gewinn wieder ein. Tägliches Geld 3½ Proz. bis 5 Proz. Die Seehandlung gab Geld zu 3¾ Proz. und bis zum 26. März zu 3½ Proz. Privatdiskont 2½ Proz. (wie gestern).

### Frankfurter Börse.

— Frankfurt a. M., 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Grundton der Börse war auch am Schluß der Woche ein fester. Den Anstoß gab der Wiener Markt. Die Realisierung, die die Tendenz der Börse in den letzten Tagen zum größten Teil beherrscht hatte, war verschwunden. Das Geschäft war allerdings wenig lebhaft, da die Spekulation sich reserviert verhielt. Von den führenden Montanpapieren sind Phoenix und Gelsenkirchen lebhaft gehandelt. Deutlich-Luxemburger gut behauptet. Kanada standen in Nachfrage. Heimische Banknoten sind bei gutem Geschäft fest. Petersburger Internationale anziehend. Auch österreichische Banken konnten das Kursniveau erhöhen. Transportwege ließen mäßige Befestigung erkennen. Lombarden ziemlich lebhaft gehandelt. Städtebahnen behauptet. Prinz Heinrich-Bahnen fest. In Schiffsaktien sind die Umsätze bescheiden. Lloyd standen in Nachfrage. Von Elektrizitätswerten wurden Edison, Schuckert und Siemens u. Halske höher bezahlt. Am Kassamarkt der Rentenwerte sind Reichsanleihe und preußische Konsolets fest. Bussen behauptet. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Tendenz ungleichmäßig, aber eher fester. Chemische Aktien rubiger. Die Börse schloß fest. Privatdiskont 3 Proz. (gestern 3½ Proz.).

### Vom Versicherungswesen.

#### Nochmals die Überschüsse der Provinziallebensversicherungs-Anstalten.

Zu dem im Morgenblatt vom 10. d. M. enthaltenen, aus dem "Hann. Courier" entnommenen Artikel über die "Überschüsse der Provinziallebensversicherungsanstalten" schreibt uns die Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt:

"Die Angriffe gegen diese Institute, die fast durchweg von interessanter Seite stammten, haben die günstige Entwicklung der öffentlichen Lebensversicherungs-Anstalten nicht merklich beeinflussen können. Es muß schon als ein Erfolg betrachtet werden, daß diese Anstalten bereits im ersten Jahre Überschüsse aufweisen konnten, anstatt daß sie, wie man erwartet hatte, in der Entwicklungszeit Zuschüsse erforderlich. Die besondere Buchungsmethode bezüglich der Kursverluste beruht darauf, daß diese Anstalten ihr Stammkapital in Pfandbriefen, bzw. Schuldverschreibungen und nicht in bar erhalten haben, mit der Bestimmung, daß es gegebenenfalls in den gleichen Papieren und nicht in bar zurückgestellt werden muß. Dadurch sind sie vor Kursverlusten gesichert. Eine Behandlung der Kursverluste als „Gewinne“,

wie es in dem Artikel dargestellt ist, ist nicht erfolgt. Es handelt sich lediglich um einen buchmäßigen Ausgleichsposten. Übrigens hat diese Buchung die Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde gefunden. Die Sicherheit der Provinziallebensversicherungs-Anstalten welche durchweg von öffentlichen Behörden errichtete, statthalt beaufsichtigte Anstalten der Selbstverwaltung sind, steht natürlich außer Frage. Übrigens sind, wie bekannt ist, die sämtlichen Prämientarife ebenso wie die Geschäftspläne jeder einzelnen Anstalt vor Erteilung der Genehmigung vorher seitens des Ministeriums des Innern bis ins Einzelne nach denselben Grundsätzen geprüft worden, wie dies für die privaten Versicherungs-Gesellschaften durch das Kaiserliche Aufsichtsamt für die Privatversicherung zu geschehen pflegt. Wenn sich auch Handelskammern gegen ihre Errichtung ausgesprochen haben, so stehen diesen auch andere Handelskammern gegenüber, die lebhaft für ihre Errichtung eingetreten sind. Die günstige Entwicklung, welche diese Anstalten, und insbesondere die Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt, genommen haben, spricht dafür, daß sie ein weitgehendes Bedürfnis erfüllen. Sie beanspruchen keineswegs, die privaten Lebensversicherungen zu verdrängen, sie wollen nur den Versicherungsgedanken in weitere Kreise tragen und in friedlicher Gemeinschaft mit den Privatgesellschaften arbeiten. Von den außerordentlichen Erfolgen der Nassauischen Lebensversicherungs-Anstalt, die mit der Nassauischen Landesbank verbunden ist, haben wir wiederholt berichten können." Nunmehr hat dieselbe ihr erstes Vierteljahr seit der Eröffnung hinter sich. Der Betrag der Versicherungsanträge hat die große Summe von 3½ Mill. M. bereits überschritten. Es sind darunter zahlreiche hohe Versicherungen, die nach Zehntausend Mark zählen. Daneben wächst aber auch die Zahl der Volksversicherungen (bis höchstens 2000 M. ohne ärztliche Untersuchung). Auch die Hypothekentilgungsversicherung, welche die Entschuldung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes fördert soll, hat allgemein günstige Aufnahme gefunden. Ein besonderer Vorzug der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten besteht bekanntlich darin, daß sie grundsätzlich die Kapitalien, die ihnen zufließen, in ihrem Bezirk wieder anlegen. Wenn sich die Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt in der bisherigen Weise weiter entwickelt, darf man hoffen, daß auch die Kapitalnot in unserem Bezirk erleichtert findet.

#### Banken und Geldmarkt.

— Die Westdeutsche Bodenkreditanstalt in Köln a. Rh. legt ihren Bericht über das 20. Geschäftsjahr vor, dem wir vorläufig folgendes entnehmen: Der Pfandbriefumlauf erhöhte sich danach um den Betrag von 2 602 500 M. Der Rückfluß der 3½ proz. Hypothekenpfandbriefe ergab einen Gewinn von 126 716 M., der der 4 proz. einen solchen von 143 044 Mark, der sich durch den Verlust aus Begebung 4 proz. Pfandbriefe unter dem Nominalwert um 50 938 M. verminderte, so daß sich insgesamt eine Einnahme aus dem Pfandbriefvertrieb von per Saldo 218 822 M. ergibt, welcher Betrag zur Deckung eines kleinen Verlustes und zu Reservedotierungen verwendet wird. Der Eingang der Hypothekenzinsen vollzog sich wieder durchwegs. Am Jahresende waren nur 6383 M. rückständig. Von den der Anstalt als Hypothek bestellten Grundstücken wechselten 58 den Eigentümer durch Kauf oder Tausch. Die Grundstücke waren mit 1 896 300 M. beliehen und wurden für 3 410 450 M. verkauft, so daß sich die durchschnittliche Höhe der Beliehenen auf ca. 55% Proz. stellt. Der Überschub der Hypothekenzinsen über die Pfandbriefzinsen stellte sich auf 941 272 M. gegen 892 387 M. im Vorjahr. An Zinsen in laufender Rechnung, auf Wertpapiere und Wechseln wurden 104 331 M. gegen 129 662 M. vereinommen.

w. Vorschuß- und Kreditverein in Hungen. Hanau, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht) Bei dem Vorschuß- und Kredit-

verein in Hungen ist unter der Geschäftsführung des früheren Rechners Schmidt ein Defizit von 87 000 M. entstanden. Durch Hypothekeneintritt auf dem Konto des Genamten sind 31 000 Mark gedeckt. Zur Deckung des Defizits wurde die Erhöhung der Geschäftanteile der Mitglieder von 100 M. auf 1000 M. beschlossen.

\* Der Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co. wird für 1913 wieder 6½ Proz. Dividende vorschlagen. Die Bilanzsetzung findet am 19. d. M. statt.

\* Beispield-Märkische Bank in Elberfeld. Berlin, 13. Febr. Die Abschlusssitzung der Bank findet Anfang März statt. Die Dividende wird wieder mit 7½ Proz. vorgeschlagen.

\* Konkurs der Hanseatischen Bank, A.-G. in Hamburg.

Hamburg, 13. Febr. Das Gericht eröffnete den Konkurs

über die Bank, nachdem die erforderlichen Kosten von 1000 M. von Gläubigern zusammengebracht wurden. (Das Unternehmen hatte Verbindung mit der Niederdeutschen Bank, die zu großen Verlusten für das Hamburger Unternehmen führte.)

### Marktberichte.

\* Fruchtmarkt zu Mainz vom 13. Febr. Preise per 100 kg.

Weizen, Pfälzer, 19.20 bis 19.75 M., Roggen, Pfälzer, 15.75 bis

16.50 M., Braugerste, Pfälzer, 16.50 bis 17.50 M., Futtergerste

12.50 bis 13.50 M., Hafer, inländ. 17.75 bis 19 M., Wiesen-

heu 6 bis 6.60 M., Kleebeu 6.70 bis 7.70 M., Stroh, Flegel-

drusch, 3.40 bis 3.80 M., Maschinendrusch 2.20 bis 2.60 M., Speisekartoffeln (Industrie) 4 bis 4.80 M., Landbutter per Pf. 1.80 bis 1.40 M., in Klompen 1.20 bis 1.30 M., Eier per 25 St. 1.80 bis 2.40 M. — Brotpreise der Stadt Mainz nach Erklärung der Bäckerinnung: 2 Kilo gemisches Brot 1. Sorte 60 Pf., 2 Kilo Schwarzbrot 2. Sorte 56 Pf., 1½ Kilo Weißbrot, allgemeiner Preis, 75 Pf.

\* Viehmarkt zu Mainz vom 13. Febr. Ochsen: a) 88 bis

93 M., b) 84 bis 88 M., Büffel 78 bis 83 M., Kuh und Rinder:

a) 83 bis 90 M., b) 75 bis 80 M., c) 66 bis 72 M., d) 58 bis

64 M., Kälber per Pf. 94 bis 100 Pf., Schweine: a) 68 Pf.,

b) 66 bis 67 Pf., Sauen und Eber 60 bis 62 Pf. — Fleisch-

preise der Stadt Mainz nach freier Erklärung der Metzger-

innung: Ochsenfleisch per Pf. 90 bis 96 Pf., Kuh- oder Rind-

fleisch 60 bis 90 Pf., Schweinefleisch 70 bis 90 Pf., Kalbfleisch

90 bis 100 Pf., Hammelfleisch 70 bis 100 Pf.

\* Schiffsliste für billige Briefe

nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

10 Pf. je 20 g. — Postdienst nach Ankunft der Frühlinge.

Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf die Briefe, nicht auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Canada.

König Albert, am 14. Februar ab Bremen

Kaiser Wilhelm II., 24. ab Bremen

Kaiser Auguste Viktoria, 25. ab Bremen

Bremen, 26. ab Bremen

Amerika, 5. März ab Bremen

Prinz Friedrich Wilhelm, 7. März ab Bremen

Kronprinzessin Cecilie, 10. März ab Bremen

Imperator, 11. März ab Bremen

Hamburg, 14. Februar ab Hamburg

All diese Schiffe sind Schnellzäpper oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnelle Beförderung ermöglichen.

Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Luftvermerke,

wie "direkter Weg" oder "über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten

und die Verlagsbeilage "Der Landbote".

Uebersetzung: W. Hegerberg

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Hegerberg; für Beiträge: Mr. Neuländer;

